



„DAS UNANGEBRACHTE SCHWEIGEN DER GRÜNEN“

Eine Analyse der pädophilen Vergangenheit der
Grünen

Stand: Juli 2013

AUFKLÄRUNG? FEHLANZEIGE!



I. Initiativen der Bundestagsfraktion und des Bundesverbandes der Grünen	1
1. Gründungsphase der Partei „Die Grünen“	1
2. Bundesprogramm der Grünen 1980	3
3. Die Arbeitsgemeinschaft SchwuP	6
4. Initiativen der Bundestagsfraktion	8
5. Bundestagswahlprogramm 1987	12
II. Initiativen der Landesverbände der Grünen	12
III. Äußerungen führender Grünen-Politiker	17
1. Volker Beck	17
2. Daniel-Cohn-Bendit	21
3. Hans-Christian Ströbele und die Tageszeitung „taz“	30
IV. Deutungen und Reaktionen	32
V. Zusammenfassung	42

I. Initiativen der Bundestagsfraktion und des Bundesverbandes der Grünen

1. Gründungsphase der Partei „Die Grünen“

Bereits unmittelbar nach ihrer Konstituierung als Partei im Jahre 1980 wurden pädophile Bewegungen und Gruppierungen von den Grünen nicht nur toleriert, sondern ihre Anliegen auch entsprechend gefördert. Die Mitglieder der sogenannten „Indianerkommunen“, in denen Minderjährige und Erwachsene zusammenlebten, erhielten auf den Parteitagen der Grünen eine Plattform in der politischen Öffentlichkeit, um für sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Minderjährigen zu werben. Über diese Gruppierungen schrieb die den Grünen nahestehende Tageszeitung taz in der Rückschau:

„Die erst in Heidelberg und später in Nürnberg aktive Indianerkommune war ein Wohnprojekt für Erwachsene und Kinder, das sich einer selbst gezimmerten Ideologie von Konsumverzicht und freier Liebe verschrieben hatte. Die Indianer, die sich nach den bedrohten Urvölkern benannten, begriffen sich als von der Mehrheitsgesellschaft bedrohter ‚Stamm‘. Bunt bemalt und lautstark vertraten sie in der Öffentlichkeit Forderungen wie freie Sexualität von Kindern mit Erwachsenen, Abschaffung der Schulpflicht, das Recht von Kindern, von zu Hause abzuhausen. Im ‚Jahr des Kindes‘ 1979 erregten sie Aufsehen durch Hungerstreiks, 1981 durch einen Prozess gegen ‚Oberindianer‘ Uli Reschke wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern.“¹

Trotz ihres öffentlichen Eintretens für Pädophilie konnte eine Gruppe von „Stadtindianern“ aus Nürnberg auf dem Programmparteitag der GRÜNEN vom 21. bis 23. März 1980 in Saarbrücken vor den Mitgliedern ihre radikalen Forderungen nach Straffreiheit für Pädokriminalität verbreiten. Ein zeitgenössischer Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. März 1980 hebt dabei hervor, dass sich eine Mehrheit der anwesenden Grünen-Mitglieder ausdrücklich für ein Rederecht der Pädophilie-Anhänger aussprach:

„Der Parteitag sah sich mehrmals gezwungen, dem Treiben eines Dutzend sogenannter Stadtindianer von Nürnberg mit einer Nachsicht zuzuschauen, die bei einer Minderheit das Gefühl weckte, irgendwann höre auch die schönste Gewaltfreiheit auf. Aber die Mehrheit wollte, daß diesen ‚Kindern‘ – einige von ihnen waren in einem überaus erwachsenen Alter – Gelegenheit gegeben werde, ihre

¹ „Kuscheln mit den Indianern“, in: die tageszeitung vom 22. April 2010.

Forderungen ‚zu artikulieren‘. Ein Indianertrio, sich am Mikrofon zusammendrängend, schrie die Forderungen im Wechselgesang heraus: Abschaffung der Schulpflicht, das Recht für Kinder, von zu Hause fortzuziehen, Aufhebung aller Staatsbestimmungen, die ‚Zärtlichkeit zwischen Kindern und Erziehern unter Strafe stellt‘. Danach gingen die ‚Kinder‘ keineswegs weg, richteten sich vielmehr am Petitionstisch häuslich ein.“²

Dass die Stadtindianer auch nach ihrem Auftritt nicht aus dem Saal gewiesen wurden, begründet der Berichterstatter der FAZ neben der Angst vor der öffentlichen Wirkung eines Eingreifens durch die Polizei auch mit grundsätzlichen Erwägungen der Partei: „Außerdem wollte man doch gerade Toleranz üben gegenüber Randgruppen, die man als Opfer einer nicht ökologischen Gesellschaft zu sehen entschlossen ist.“³ Die Gewährleistung einer Plattform für Pädokriminelle wurde folglich höher geschätzt, als eine mögliche negative Berichterstattung über die Inkonsequenz einer auf bedingungslose Gewalt- und Meinungsfreiheit verpflichteten Partei im Falle eines Verweises der „Stadtindianer“ aus dem Saal.

Auch beim darauffolgenden Parteitag der Grünen im Juni 1980 in Dortmund wurde den Nürnberger Stadtindianern die Möglichkeit eingeräumt, für sexuellen Missbrauch von Kindern zu werben.⁴ Ungeachtet der augenscheinlich pädokriminellen Propaganda im Umfeld des Grünen-Parteitages drängten die Grünen jedoch in ihrem gegen die Justiz, gegen die Polizei und gegen die Behörden gerichteten Staatsverständnis weder auf strafrechtliche Ermittlungen gegen die Kinderschänder in den Reihen der „Stadtindianer“, noch auf die Einschaltung der Jugendämter. Die Welt warf daher im Zuge der kürzlich erfolgten Thematisierung der pädophilen Vergangenheit der Grünen am 22. Mai 2013 die Frage auf:

„Warum hat kein Grüner in den Achtzigerjahren Anzeige wegen des Verdachts auf Kindesmissbrauch erstattet? Anlässe hätte es gegeben. Denn wie jüngst die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck, die bereits in den Achtzigerjahren bei den Grünen aktiv war, in der ‚Welt‘ berichtete, wurden damals mehrfach die Podien grüner Parteitage von sogenannten Indianerkommunen gestürmt, zu denen nicht nur Kinder und Jugendliche gehörten, sondern laut Beck ‚auch erwachsene Männer‘. [...] Vernunftbegabte Menschen, so sollte man meinen, hätten damals auf die Idee

² „Das Treiben der Stadtindianer“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. März 1980.

³ Ebda.

⁴ Vgl. „Torso von SchwuP“, in: Spiegel 13/1985.

kommen müssen, dass jene Männer Sexualkontakte zu den Minderjährigen hatten, mit denen sie die Podien enterten. [...] Tatsächlich scheint sich niemand von den Grünen-Funktionären für die Kinder oder, im strafrechtlichen Sinne, für jene Männer interessiert zu haben. Von der Einschaltung der Jugendämter oder von Anzeigen ist nichts bekannt.“⁵

2. Bundesprogramm der Grünen 1980

Gruppierungen wie die „Stadtindianer“ wurden von den Grünen seinerzeit keineswegs als Randphänomene erachtet. Ihre Forderungen stießen bei den Mitgliedern der Partei auf Akzeptanz und fanden auf Parteitag und in programmatischen Schriften einen positiven Widerhall. Der selbst mit pädophilen Äußerungen an die Öffentlichkeit getretene Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit⁶ bezeichnete diese Bestrebungen zur Legalisierung von Sex mit Kindern rückblickend als „Mainstream“ innerhalb der grünen Partei.⁷ Dies wird auch an den Beratungen zum Bundesprogramm der Grünen im Jahr 1980 deutlich. Dem Programmparteitag der Grünen vom 21. bis 23. März 1980 in Saarbrücken wurde dabei ein Beschlusstext zu den Paragraphen 174 und 176 StGB vorgelegt, der die Straffreiheit einvernehmlicher sexueller Handlungen mit Kindern forderte. Als rechtliches Instrument sollte dabei eine Änderung der Schutzbestimmungen zum sexuellen Missbrauch von Schutzbefohlenen und zum sexuellen Missbrauch von Kindern dienen. Folglich heißt es in der Beschlussvorlage:

„Die §§ 174 und 176 StGB sind so zu fassen, daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind.“⁸

Der § 174 StGB stellt den sexuellen Mißbrauch von Schutzbefohlenen unter Strafe. In der zum Zeitpunkt des Beschlusses gültigen Fassung vom 1. Januar 1977, die seither lediglich am 1. April 2004 durch eine Erhöhung des Mindeststrafmaßes leicht modifiziert wurde, heißt es in Absatz 1:

⁵ „Die Grünen, wie ein Honigtopf für Päderasten“, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article116394740/Die-Gruenen-wie-ein-Honigtopf-fuer-Paederasten.html> (abgerufen am 14. Juni 2013).

⁶ Vgl. Kapitel III.2 der vorliegenden Dokumentation.

⁷ „Grüne finanzierten in achtziger Jahren Pädophilen-Ausschuss, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-finanzierten-in-achtziger-jahren-paedophilen-ausschuss-a-899289.html> (abgerufen am 17. Mai 2013).

⁸ Die Grünen: Das Bundesprogramm (1980), S. 39.

„Wer sexuelle Handlungen

1. an einer Person unter sechzehn Jahren, die ihm zur Erziehung, zur Ausbildung oder zur Betreuung in der Lebensführung anvertraut ist,
2. an einer Person unter achtzehn Jahren, die ihm zur Erziehung, zur Ausbildung oder zur Betreuung in der Lebensführung anvertraut oder im Rahmen eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses untergeordnet ist, unter Mißbrauch einer mit dem Erziehungs-, Ausbildungs-, Betreuungs-, Dienst- oder Arbeitsverhältnis verbundenen Abhängigkeit oder
3. an seinem noch nicht achtzehn Jahre alten leiblichen oder angenommenen Kind vornimmt oder an sich von dem Schutzbefohlenen vornehmen läßt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“⁹

Der § 176 StGB ahndet den sexuellen Missbrauch von Kindern. In der seinerzeit gültigen Fassung vom 28. November 1973, die bis zum heutigen Tage mehrfach durch eine Erhöhung des Strafmaßes modifiziert wurde, heißt es:

(1) Wer sexuelle Handlungen an einer Person unter vierzehn Jahren (Kind) vornimmt oder an sich von dem Kind vornehmen läßt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer ein Kind dazu bestimmt, daß es sexuelle Handlungen an einem Dritten vornimmt oder von einem Dritten an sich vornehmen läßt.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter

1. mit dem Kind den Beischlaf vollzieht oder

2. das Kind bei der Tat körperlich schwer mißhandelt.“¹⁰

Gleichwohl wurde die in der Beschlussvorlage vorgebrachte Forderung nach einer Straffreiheit einvernehmlicher sexueller Handlungen mit Kindern von der Partei nicht zurückgewiesen. Stattdessen heißt es im Bundesprogramm der Grünen aus dem Jahre 1980 zu dem vorgelegten Beschlusstext:

⁹ § 174 StGB in der Fassung vom 1. Januar 1977-1. April 2004, zitiert nach: <http://lexetius.com/StGB/174#2> (abgerufen am 17. Mai 2013).

¹⁰ § 176 StGB in der Fassung vom 28. November 1973-1. April 1998, zitiert nach: <http://lexetius.com/StGB/176#2> (abgerufen am 17. Mai 2013).

„Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen, noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist: er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird.“¹¹

Auch zwei Jahre später, im Jahr 1982, findet sich diese Passage in einer von der Partei überarbeiteten Fassung noch immer unverändert als Bestandteil des formal bis 1993 gültigen Bundesprogramms der Grünen.¹²

Die Formulierungen sind dabei in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich für das Verhältnis der Partei zu Pädophilie und Kindesmissbrauch. Die nach allen moralischen Norm- und Wertvorstellungen gebotene Ablehnung der in dem Beschlusstext geforderten Straffreiheit für einvernehmliche sexuelle Kontakte zu Kindern wird von den Grünen ausdrücklich als nicht „im Sinne der [...] Partei“ erachtet.¹³ Vielmehr werden die Belange der betroffenen Straftäter und „Antragsteller“ hervorgehoben und deren Einbindung in den Entscheidungsprozess gefordert. Anstelle einer Distanzierung von den Forderungen wird der ergebnisoffene Prozess der Diskussion betont und festgehalten: „Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt.“¹⁴ Die taz kritisierte diesen Vorgang rückblickend wie folgt:

„Mit anderen Worten: Ein Parteitag hatte Mitglieder und Gliederungen aufgefordert, darüber nachzudenken, ob man ‚Sex mit Kindern‘ erlauben sollte. Die Partei hatte den Prüfauftrag erhalten, sexuelle Gewalt gegen Kinder zu legalisieren. Solche Passagen lesen die Grünen heute nicht gerne. ‚Manche versuchen nun, die Positionen einzelner

¹¹ Die Grünen: Das Bundesprogramm (1980), S. 39.

¹² Die Grünen: Das Bundesprogramm von 1980, 2. überarbeitete Fassung von 1982, Archiv Grünes Gedächtnis, Bibliothek, 041-1 (1981), in: http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0024_gru&object=facsimile&pimage=38&v=150&nav=&l=de (abgerufen am 17. Mai 2013). Im Zuge der Vereinigung mit Bündnis 90 nahmen die Grünen im Jahr 1993 eine als „Grundkonsens“ umschriebene programmatische Neubestimmung vor.

¹³ Ebda., S. 39.

¹⁴ Ebda.

Gruppen in der Vergangenheit zu einer vermeintlich laxen Haltung der Grünen gegenüber dem sexuellen Missbrauch von Kindern umzudeuten', sagte Parteichef Cem Özdemir dazu. Es waren aber nicht einzelne Gruppen, sondern es war das Programm der Partei, das eine laxer Haltung zeigte.“¹⁵

3. Die Arbeitsgemeinschaft SchwuP

Der Auftrag im Grundsatzprogramm der Grünen zur Bildung einer Kommission, die die umstrittenen Forderungen diskutieren sollte, mündete schließlich in die „Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle“ (SchwuP) und sorgte dadurch auch für eine organisatorisch-institutionelle Verankerung der Pädophilie-Befürworter in der Partei der Grünen. Den Recherchen des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ zufolge wurde die Arbeitsgemeinschaft SchwuP dabei nicht nur toleriert, sondern von der Bundeszentrale der Grünen und der Bundestagsfraktion der Grünen auch aus Steuermitteln finanziert:

„Die Grünen geraten in der Debatte um den Einfluss Pädophiler in den frühen Jahren der Partei zunehmend in die Defensive. Nach Informationen des SPIEGEL haben sich die Grünen in den achtziger Jahren weit stärker für die Interessen der Pädophilen eingesetzt als bisher bekannt. So wurde die ‚Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle‘ (BAG SchwuP), die sich offen dafür aussprach, Sex mit Kindern zu legalisieren, direkt von der Bundespartei und der Bundestagsfraktion finanziert. Das geht nach Recherchen des SPIEGEL aus Unterlagen des grünen Parteiarchivs hervor.

Darüber hinaus wurde die BAG SchwuP im Jahr 1984 dem Arbeitskreis ‚Recht und Gesellschaft‘ der Bundestagsfraktion zugeordnet und hatte damit Einfluss auf die Meinungsbildung der Fraktion. Auf Rundbriefen der BAG SchwuP, die auch an die Parteizentrale gingen, waren zum Teil leichtbekleidete Knaben abgebildet oder Zeichnungen von nackten Jungen mit Engelsflügeln.

‚Die Grünen waren bundespolitisch die einzige Hoffnung für Pädophile‘, sagte Kurt Hartmann, ein ehemaliges Mitglied der BAG SchwuP, dem SPIEGEL. ‚Sie haben als einzige Partei selbst langfristig den Kopf hingehalten für sexuelle Minderheiten.‘ 1983 erschien in dem schwulen Szenemagazin ‚Torso‘ eine Werbeanzeige für die Grünen,

¹⁵ „Im Zentrum der Macht“, in: die tageszeitung vom 12. Mai 2013.

die sich dafür aussprach, Sex mit Kindern zu legalisieren, sofern keine Gewalt im Spiel ist und kein Missbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses besteht.“¹⁶

Als führender Kopf und Koordinator der Gruppe fungierte der mindestens sechsfach wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilte Pädophilenaktivist Dieter F. Ullmann. Auch wenn dieser aus seiner Veranlagung keinen Hehl machte, reagierten die Grünen auf der Bundes- und der West-Berliner Landesebene nicht mit einem Parteiausschluss, sondern ließen ihn in den 80er Jahren in seiner pädophilen Lobbyarbeit gewähren.¹⁷ Dass die Pädophilen in den Reihen der Grünen dabei keineswegs nur im Verborgenen agierten, bestätigen auch die Recherchen der taz:

„Die Päderasten-AG setzte sich dort [in der Bundestagsfraktion der Grünen] massiv dafür ein, ‚Sexualität zu entkriminalisieren‘. Das bedeutet: Die AG SchwuPs wollte unter anderem den Paragraphen 176 des Strafgesetzbuches ersatzlos streichen. Das ist der Paragraf, der sexuelle Gewalt gegen Kinder unter Strafe stellt. Als die AG Frauen der Fraktion einmal eine Anfrage an die Bundesregierung wegen sexuellen Missbrauchs stellen wollte, tobte die AG der Päderasten. Sie setzten das Wort ‚Missbrauch‘ in Anführungsstriche und erklärte, dass man zwischen einvernehmlichem und nicht einvernehmlichem ‚Sex mit Kindern‘ unterscheiden müsse.

Die Kriminalisierung von Sexualität sei prinzipiell der falsche Weg – also verlangten die Schwulen und Päderasten, das Sexualstrafrecht abzuschaffen. Die Päderasten arbeiteten lange in der Fraktion mit und waren seit 1984 sogar ganz formell dem Arbeitskreis III der Fraktion zugeordnet, ‚Recht und Gesellschaft‘. Die vermeintliche Splittergruppe saß im Zentrum der Macht.“

Volker Becks Heldengeschichte suggeriert, dass die Grünen sich von den Päderasten trennten. Es waren aber nicht etwa die grünen Abgeordneten, die die Päderasten vor die Tür setzten. Diese sagten sich von sich aus im Februar 1985 von der Fraktion los – um ‚künftig mehr in die ganze Partei hineinzugieren‘.“¹⁸

Erst im Jahr 1987 wurde die Bundesarbeitsgemeinschaft SchwuP der Grünen aufgelöst.¹⁹

¹⁶ „Grüne finanzierten in achtziger Jahren Pädophilen-Ausschuss, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-finanzierten-in-achtziger-jahren-paedophilen-ausschuss-a-899289.html> (abgerufen am 17. Mai 2013).

¹⁷ Vgl. „Offen und hemmungslos“, in: Die Tagespost vom 3. Juni 2013 und „Pädophilen-Aktivist war verurteilter Straftäter“, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruener-paedophilen-aktivist-war-verurteilter-straftaeter-a-901937.html> (abgerufen am 14. Juni 2013).

¹⁸ „Im Zentrum der Macht“, in: die tageszeitung vom 12. Mai 2013.

¹⁹ Vgl. „Grüne Hilfe für Päderasten“, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/gruene-paedosexualitaet-cohn-bendit> (abgerufen am 17. Mai 2013).

4. Initiativen der Bundestagsfraktion

Die Arbeit der BAG SchwuP schlug sich auch in der Arbeit der Bundestagsfraktion der Grünen nieder. Bereits im Jahr 1983 wurde von dieser einem Bericht der Tagespost zufolge die Freilassung eines mehrfach wegen pädokrimer Verbrechen inhaftierten Straftäters gefordert:

„1983 forderte die Bundestagsfraktion die Freilassung des mehrfach wegen Kindesmissbrauchs verurteilten linken Schriftstellers Peter Schult, der gerade eine Haftstrafe von knapp drei Jahren verbüßte. Initiiert hatte die Resolution der Schwulenaktivist Herbert Rusche, der wenig später selbst in den Bundestag einzog und heute bei den Piraten wieder für den Bundestag kandidiert. Zu den Unterstützern gehörte Hans-Christian Ströbele.“²⁰

In einem Gesetzentwurf der Fraktion Die Grünen im Deutschen Bundestag vom 4. Februar 1985 wurde schließlich nicht nur die ersatzlose Streichung des § 175, sondern auch des § 182 StGB und damit die Aufhebung der Schutzaltersgrenze von 16 Jahren für sexuelle Handlungen gefordert. In der damals gültigen Fassung des § 182 heißt es in Absatz 1:

„Wer ein Mädchen unter sechzehn Jahren dazu verführt, mit ihm den Beischlaf zu vollziehen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“²¹

Der Straftatbestand der „Verführung“ wurde in einer späteren Novellierung des § 182 durch den „Sexuellen Missbrauch von Jugendlichen“ ersetzt und durch „Ausnutzung einer Zwangslage oder Entgelt“ bzw. „die fehlende Fähigkeit des Opfers zur sexuellen Selbstbestimmung“ konkretisiert. Dabei wurde auch der Strafrahmen erweitert.

Anstelle einer Änderung des Paragraphen verlangten die Grünen jedoch 1985 dessen ersatzlose Streichung und damit die vollständige Aufhebung des Schutzes für Minderjährige zwischen 14 und 18 Jahren – allerdings expressis verbis nur als „ersten Schritt“ für eine weitere „Entkriminalisierung sexueller Handlungen“. In der Vorbemerkung ihres Gesetzentwurfes behaupten die Grünen:

„Die §§ 175 und 182 Strafgesetzbuch (StGB) bedrohen einvernehmliche sexuelle Kontakte mit Strafe und dienen damit nicht dem Schutz der sexuellen Selbstbestimmung. Sie behindern die freie Entfaltung der Persönlichkeit, der das

²⁰ „Offen und hemmungslos“, in: Die Tagespost vom 3. Juni 2013.

²¹ § 182 StGB in der Fassung vom 28. November 1973-11. Juni 1994, zitiert nach: <http://lexetius.com/StGB/182#2> (abgerufen am 17. Mai 2013).

Strafrecht auch und gerade im Bereich der Sexualität erst dort Grenzen setzen darf, wo durch Gewalt oder deren Mißbrauch von Abhängigkeitsverhältnissen der Willen anderer mißachtet wird. [...] Bei der daher erforderlichen Entkriminalisierung einvernehmlich gewünschter sexueller Handlungen, zu der der vorliegende Gesetzentwurf einen ersten Schritt darstellt, muß der Unrechtsgehalt von Willensbeugung und Gewaltanwendung im sexuellen Bereich deutlich herausgestellt werden.“²²

Begründet wird der Antrag wie folgt:

„Beide Vorschriften verletzen als ‚opferlose Delikte‘ das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und auf den Schutz der Privatsphäre sowohl der ‚Täter‘ als auch der ‚Opfer‘. Es fehlt ihnen an einem schutzwürdigen Rechtsgut; sie richten Schaden an, statt Schädigungen zu verhindern.

Strafdrohungen in dem von § 175 StGB erfaßten sensiblen Bereich [Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahre] freiwilliger homosexueller Kontakte behindern Jugendliche bei einem wichtigen und legitimen Teil ihrer Persönlichkeitsentfaltung, nämlich beim Herausfinden der ihnen gemäßen Sexualität. [...] Die Strafdrohung, der sich ein zufällig über 18 Jahre alter Partner ausgesetzt sieht, vermittelt eine negative Bewertung der gesamten Beziehung und behindert die positive Identifikation des Jugendlichen mit seinem gleichgeschlechtlichen Empfinden und damit die sexuelle Selbstbestimmung gerade des Personenkreises, dessen Schutz sie dienen soll. [...]

Mädchen wird [durch den § 182] die Fähigkeit zur Entscheidung über ihre sexuellen Interaktionen abgesprochen, das Vorhandensein einer eigenständigen und selbstbestimmten Sexualität von Mädchen wird geleugnet. Das Tatbestandsmerkmal der Verführung gilt dann als erfüllt, wenn der Täter das Mädchen durch Versprechungen, Geschenke, sexuelle Erregung des Mädchens zu einem Beischlaf bringt, den es ‚an sich‘ nicht will. [...] Mädchen werden damit als willenloses Objekt männlicher Verführungskunst, die ‚Täter‘ als Objekt ihrer sexuellen Triebe dargestellt, denen es vorrangig um Befriedigung eines – als abgespalten gedachten – Sexualtriebes geht, während Mädchen eher Liebe und eheliche Bindung suchen. In der Norm drücken sich mithin bürgerliche Moralvorstellungen aus. Überdies spiegelt sich in der Norm ein Verständnis von Sexualität, das Körper und Psyche voneinander abspaltet.“²³

²² Gesetzentwurf der Fraktion Die Grünen: Entwurf eines ...Strafrechtsänderungsgesetzes (...StrÄndG) vom 4. Februar 1985, Bundestags-Drucksache 10/2832.

²³ Gesetzentwurf der Fraktion Die Grünen: Entwurf eines ...Strafrechtsänderungsgesetzes (...StrÄndG) vom 4. Februar 1985, Bundestags-Drucksache 10/2832.

In der Plenardebatte am 12. Dezember 1985 wurde der Gesetzentwurf in erster Lesung durch den hessischen Bundestagsabgeordneten der Grünen, Herbert Rusche, eingebracht. Dieser verteidigte den Entwurf mit den Worten:

„Wir sind, wie ich eingangs sagte, für eine Streichung der beiden §§ 175 und 182 und halten dies für eine konsequente Lösung, um Jugendlichen ihre sexuelle Selbstbestimmung zu ermöglichen [...]. Meine Fraktion unterstützt diese Anträge einstimmig. [...] Es ist nicht nötig, daß man Sexualität als solche in diesem Alter unter Strafe stellt, daß man irgendwelche fiktiven Verführer bestraft und den Jugendlichen jegliche Sexualität abspricht.“²⁴

Herbert Rusche war der erste bekennende homosexuelle Abgeordnete in der Geschichte des Deutschen Bundestages. Der 1952 in Bad Neuenahr geborene Rusche kandidierte bereits 1978 auf der Landesliste der Grünen Liste Hessen für den Hessischen Landtag. Später war Rusche Gründungsmitglied der „Sonstigen politischen Vereinigung Die Grünen“ und danach auch der Partei Die Grünen. Von 1981 bis 1983 amtierte Rusche als Landesgeschäftsführer des hessischen Landesverbandes der Grünen. In seiner Amtszeit zog die Partei im Jahr 1982 mit 8,6 % der Wählerstimmen erstmals in den Hessischen Landtag ein. Ab 1983 gehörte Rusche im Bundestag der Bundestagsgruppe der Grünen an. Ein Parteiausschlussverfahren wegen seiner sympathisierenden Äußerungen zur Pädophilie musste Rusche dabei allerdings nicht fürchten. Erst im Jahr 2001 verließ er aus eigenen Stücken die Grünen, da er die Kosovo-Politik der damaligen Bundesregierung nicht mittragen wollte. Am 24. August 2009 trat er daraufhin der Piratenpartei Deutschland im Landesverband Hessen bei. Bei der Aufstellungsversammlung am 16./17. Februar 2013 in Grünberg wurde er auf den zweiten Listenplatz der hessischen Landesliste für die Bundestagswahl 2013 gewählt.²⁵

Im weiteren Verlauf der Debatte wies der CDU-Abgeordnete Horst Eylmann den Antrag der Grünen zur Aufhebung der Schutzaltersgrenzen entschieden zurück:

„Die GRÜNEN – ich habe mit Interesse vernommen, alle GRÜNEN – [...] sind der Meinung, die sexuelle Befreiung des Menschen sei erst dann vollendet, wenn nun auch die letzten Tabus fallen. Kindern und Jugendlichen, bevorzugten Lustobjekten einer

²⁴ Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 10/184 vom 12. Dezember 1985.

²⁵ Biographische Angaben nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Herbert_Rusche (abgerufen am 17. Mai 2013).

bestimmten Spezies älterer Männer hetero- oder homosexuellen Zuschnitts, gilt es in den Augen der GRÜNEN ein unverklemmter, zwangsloses und herrschaftsfreies Sexualleben zu bescheren. Die Herabsetzung des Schutzalters auf 14 Jahre, worüber wir uns heute unterhalten, ist nur ein erster Schritt. Die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben bereits Beschlüsse gefaßt, wonach alle Straftatbestände zu streichen sind, die gewaltfreie Sexualität mit Strafe bedrohen;²⁶ also Sex mit Kindern ist für die GRÜNEN in. [...]

Wir haben selbst zu Haus eine 14jährige Tochter. Ich muß Ihnen sehr offen sagen, daß meiner Frau und mir bei aller Selbständigkeit, zu der wir die Tochter zu erziehen versuchen, nicht wohl bei dem Gedanken wäre, wenn hier der letzte Schutz des Gesetzes fallen würde. Ich glaube, daß fast alle Eltern in der Bundesrepublik, die Töchter in diesem Alter haben, genauso denken. [...]

Es ist ja nicht das erste Mal, daß die GRÜNEN-Fraktion ihr wahres Gesicht zeigt. Aber die deutsche Öffentlichkeit hat es, so meine ich, mit besonderer Deutlichkeit gesehen. Dafür könnte man der GRÜNEN-Fraktion sogar dankbar sein, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß es eine Reihe von Päderasten und Pädophilen gibt, die sich in ihren Meinungen und Neigungen nun auch noch durch die Tatsache bestätigt fühlen, daß derartige Thesen von Ihnen, sehr pseudowissenschaftlich untermauert, nun sogar im Bundestag vertreten werden.“²⁷

Auch die SPD lehnte den Antrag ab und erklärte durch ihren Abgeordneten Alfred Emmerlich:

„Von der SPD ist keine Zustimmung zu einer Verringerung dieses notwendigen Jugendschutzes zu erwarten. Eine Herabsetzung der Schutzaltersgrenze für Mädchen und Jungen auf das 14. Lebensjahr in der Weise, wie der vorliegende Gesetzentwurf dies vorsieht, stimmt mit unseren Vorstellungen vom Jugendschutz nicht überein. Der vorliegende Gesetzesantrag wird darüber hinaus streckenweise in einer Weise begründet, die der Notwendigkeit des Jugendschutzes nicht hinreichend Rechnung trägt.“

²⁶ Vgl. Kapitel II der vorliegenden Dokumentation.

²⁷ Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 10/184 vom 12. Dezember 1985.

5. Bundestagswahlprogramm 1987

Trotz der heftigen Reaktionen auf den Antrag ließen die Grünen auch zwei Jahre später noch immer nicht von ihrer Forderung ab. So heißt es noch im Bundestagswahlprogramm 1987 „Die Grünen. Farbe bekennen“:

„Die Grünen setzen sich auf allen Ebenen u.a. ein für:

- Eine Reform des Sexualstrafrechts, die die sexuelle Selbstbestimmung fördert statt sie zu verhindern. Deshalb haben Die Grünen als ersten Schritt die Gesetzesinitiative zur Abschaffung der §§ 175 und 182 StGB in den Bundestag eingebracht.“²⁸

Die Forderung nach einer Aufhebung des § 182 wird von der Bundespartei der Grünen folglich noch 1987 als „erster Schritt“ umschrieben. Dies steht in folgerichtiger Zusammenhang zu den Vorgaben des Bundesprogramms der Grünen und der Initiativen mehrerer Landesverbände, die sogar eine Aufhebung der absoluten Schutzaltersgrenze von 14 Jahren forderten.

II. Initiativen der Landesverbände der Grünen

Am 10. März 1985 verabschiedete die als oberstes Organ der Landespartei fungierende Landesdelegiertenkonferenz der Grünen Nordrhein-Westfalen nach mehrstündiger Aussprache mit einer Mehrheit von 76 zu 53 Stimmen in Lüdenscheid ein zehneitiges Papier der rund 20-köpfigen Arbeitsgruppe „Schwule und Päderasten“ (SchwuP) mit dem Titel „Sexualität und Herrschaft“. Mit dem Beschluss einher ging die Aufnahme des Papiers in das Wahlprogramm der Grünen in Nordrhein-Westfalen für die bevorstehende Landtagswahl im Juni 1985. In dem Papier wird unter anderem die Streichung der §§ 174 und 176 StGB, die den sexuellen Missbrauch von Schutzbefohlenen und Kindern unter Strafe stellen, gefordert. Außerdem seien einvernehmliche sexuelle Handlungen grundsätzlich straffrei zu stellen.²⁹

²⁸ Bundestagswahlprogramm 1987: Die Grünen. Farbe bekennen. Bonn 1987, S. 9.

²⁹ Vgl. hierzu u.a. „Torso von SchwuP“, in: Spiegel 13/1985 und „Die Beschlüsse zum Sexualstrafrecht sind ihnen nicht mehr geheuer“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1985.

In zeitgenössischen Presseberichten wurden die zentralen Passagen aus dem Wahlprogramm zitiert:

„Einvernehmliche Sexualität ist eine Form der Kommunikation zwischen Menschen jeglichen Alters, Geschlechts, Religion oder Rasse und vor jeder Einschränkung zu schützen [...]. Gewaltfreie Sexualität muß frei sein für jeden Menschen.“

„Gewaltfreie Sexualität darf niemals Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung sein [...]. Daher sind alle Straftatbestände zu streichen, die gewaltfreie Sexualität mit Strafe bedrohen.“ Deshalb müsse „das gesamte Sexualstrafrecht gestrichen“ und „unter dem Aspekt von Gewaltanwendung zu einem neuen Paragraphen zusammengefaßt“ werden.³⁰

Sex mit Kindern sei „für beide Teile angenehm, produktiv, entwicklungsfördernd, kurz: positiv“. „Einvernehmliche sexuelle Beziehungen dürfen grundsätzlich nicht kriminalisiert werden“. Es sei nicht hinzunehmen, dass Erwachsene, die „die sexuellen Wünsche von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen und liebevolle Beziehungen zu ihnen unterhalten“, mit Gefängnis bis zu zehn Jahren bedroht würden.³¹

Die Forderung nach Straffreiheit für Kindersex rief in der Öffentlichkeit und in der Presse empörte Reaktionen hervor. So kritisierte der Deutsche Kinderschutzbund die Bestrebungen der Grünen, „das Kind als Lustobjekt freizugeben“.³² Sexualwissenschaftler warnten vor einer semantischen Tarnung pädophiler Bestrebungen und der Vernebelung der tatsächlichen Absichten: „[Pädophile] reden von der ‚Befreiung der Kindheit‘, meinen aber nichts anderes als die Freiheit von Erwachsenen, sexuelle Beziehungen zu Kindern unterhalten zu dürfen.“³³

Auch die politischen Parteien reagierten mit Unverständnis und Abscheu auf den Mehrheitsbeschluss der nordrhein-westfälischen Grünen. Der seinerzeitige Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) gab zu bedenken, dass als Folge dieser Geisteshaltung „schon sechsjährige Jungen und Mädchen auf dem Schulweg nicht mehr

³⁰ „Torso von SchwuP“, in: Spiegel 13/1985.

³¹ Die Welt vom 20. März 1985 und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1985, zitiert nach: http://de.wikipedia.org/wiki/Debatte_um_Abschaffung_des_Sexualstrafrechts_in_Deutschland (abgerufen am 17. Mai 2013).

³² Zitiert nach: „Torso von SchwuP“, in: Spiegel 13/1985.

³³ Zitiert nach: „Torso von SchwuP“, in: Spiegel 13/1985.

sicher [sein könnten], durch sexuelle Angriffe von erwachsenen seelisch nachhaltig geschädigt zu werden“.³⁴ Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) konstatierte „Abscheu beim überwiegenden Teil der Bevölkerung“,³⁵ derweil sein Parteifreund, Innenminister Herbert Schnoor, die Vorstellungen der Grünen zum Thema Pädophilie „todtraurig“ stimmten.³⁶

Die öffentliche Empörung gegen die Forderung der Grünen nach Straffreiheit für pädophile Handlungen ließ die Führungsriege der Grünen angesichts der bevorstehenden Landtagswahl eine taktische Kehrtwende vollziehen. Sieben Tage nach der Verabschiedung des Beschlusses setzte der Landeshauptausschuss den Beschluss des Parteitages mit 40 zu vier Stimmen aus, ohne ihn jedoch vollständig aufzuheben.³⁷ Eine als Folge der Aussetzung des Beschlusses erneut einberufene Landesdelegiertenkonferenz in Bad Godesberg verabschiedete daraufhin ein überarbeitetes Programm, das zwar die umstrittenen Passagen des Papiers „Sexualität und Herrschaft“ außen vor ließ.³⁸ Gleichwohl rückten die Grünen noch immer nicht vollständig von den Forderungen nach einer Entkriminalisierung pädophiler Handlungen ab. Vielmehr wandten sie sich in ihrem neuerlichen Beschluss gegen eine vorgeblich „herrschende Doppelmoral, die sexuelle Minderheiten unter Sondergesetze stellt bzw. kriminalisiert und gleichzeitig die ‚gewöhnliche‘ Gewalt gegenüber Kindern – insbesondere gegenüber Mädchen – permanent verharmlost.“³⁹

Im Rückblick auf die Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen schrieb die Welt am 22. Mai 2013:

„Zwar wurde dieser Beschluss alsbald wieder vom Landesverband kassiert, aber dass er überhaupt möglich wurde, macht deutlich, wie offen viele Grünen-Mitglieder für

³⁴ Zitiert nach: „Torso von SchwuP“, in: Spiegel 13/1985.

³⁵ Zitiert nach: „Torso von SchwuP“, in: Spiegel 13/1985.

³⁶ Zitiert nach: „Freie Sexualität und die Fähigkeit zum Bündnis“, in: Frankfurter Rundschau vom 16. März 1985.

³⁷ Vgl. „Torso von SchwuP“, in: Spiegel 13/1985.

³⁸ Vgl. Debatte um Abschaffung des Sexualstrafrechts in Deutschland, in:

http://de.wikipedia.org/wiki/Debatte_um_Abschaffung_des_Sexualstrafrechts_in_Deutschland (abgerufen am 17. Mai 2013).

³⁹ „Absage an freien Sex mit Kindern“, in: Frankfurter Rundschau vom 1. April 1985.

politische Forderungen von Pädophilen waren – und wie gering der Widerstand war, der diesen Leuten in der direkten Diskussion entgegengesetzt wurde.“⁴⁰

Die offene Forderung nach Straffreiheit für Sex mit Kindern blieb dabei keineswegs auf einzelne Landesverbände beschränkt. Stattdessen wurde auch in einem Entschluss des Arbeitskreises „Kinder und Jugendliche“ der Grünen Baden-Württemberg im April 1985 die Forderung nach Aufhebung des Schutzalters verkündet:

„Einvernehmliche sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern müssen straffrei sein. Kinder gehören sich selber. [...] Da Kinder Menschen sind, hat niemand das Recht, sich unter welchem Vorwand auch immer über ihr Recht auf Selbstbestimmung und persönliches Glück hinwegzusetzen“.⁴¹

Die Alternative Liste, die in Berlin die Aufgaben eines Grünen-Landesverbandes wahrnahm, griff die Forderung zudem in ihrem Landeswahlprogramm 1985 auf:

„Es ist unmenschlich, Sexualität nur einer bestimmten Altersstufe und unter bestimmten Bedingungen zuzubilligen. Wenn Jugendliche den Wunsch haben, mit Gleichaltrigen oder Älteren außerhalb der Familie zusammenzuleben, sei es, weil ihre Homosexualität von ihren Eltern nicht akzeptiert wird, sei es, weil sie pädosexuelle Neigungen haben, sei es aus anderen Gründen, muss ihnen die Möglichkeit dazu eingeräumt werden.“⁴²

Offenkundig wurde die Forderung nach Straffreiheit für Pädophilie nur sehr zögerlich aufgegeben und im Berliner Landesverband der Grünen teilweise sogar noch bis in die 1990er-Jahre hinein aufrecht erhalten. So heißt es in einem Bericht der Oberhessischen Presse vom 3. Mai 2013:

⁴⁰ „Die Grünen, wie ein Honigtopf für Päderasten“, in:
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article116394740/Die-Gruenen-wie-ein-Honigtopf-fuer-Paederasten.html> (abgerufen am 14. Juni 2013)

⁴¹Zitiert nach: Jan Fleischhauer: „Die Grünen, der Sex und die Kinder“, in:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/debatte-um-katholischen-missbrauch-die-gruenen-der-sex-und-die-kinder-a-678961.html> (abgerufen am 17. Mai 2013).

⁴²Zitiert nach: Jan Fleischhauer: „Die Grünen, der Sex und die Kinder“, in:
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/debatte-um-katholischen-missbrauch-die-gruenen-der-sex-und-die-kinder-a-678961.html> (abgerufen am 17. Mai 2013).

„Das Ganze sei für die Grünen eine ‚schmerzhafteste Debatte‘, sagte Thomas Birk, schwulenpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Ein Umdenken habe spätestens begonnen, nachdem 1995 ein Parteimitglied wegen Missbrauchs verurteilt worden war.“⁴³

Es bedurfte folglich erst der strafrechtlichen Verurteilung eines Kinderschänders aus den Reihen der Parteimitglieder des betreffenden Landesverbandes, ehe dort eine Abkehr von den bizarren Rechtsvorstellungen eingesetzt hatte.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Geisteshaltung der Grünen auf Bundesebene und in zahlreichen Landesverbänden lässt auch die Formulierung im Landesprogramm der hessischen Grünen aus dem Jahre 1983 durchaus Interpretationsspielraum, wenn dort lapidar gefordert wird: „Die sexuellen Bedürfnisse der Kinder sind anzuerkennen.“⁴⁴ In der darauffolgenden Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen für die 11. Legislaturperiode wird die Frage nach der Abschaffung der §§ 174, 176 und 182 umgangen und auf die – gleichwohl ausdrücklich als Forderung der Grünen und nicht als Forderung beider Koalitionspartner deklarierten – Bestrebungen zur Abschaffung des § 175 beschränkt: „Zur Forderung der Grünen nach Abschaffung des § 175 StGB wird vereinbart, daß eine weitere Entkriminalisierung des Sexualstrafrechts angestrebt wird.“ Allerdings heißt es im weiteren Verlauf der Vereinbarung auch vielsagend: „Moralvorstellungen auf dem Gebiet der Sexualität sollen nicht länger dem Rechtsgüterschutz des Strafrechts unterliegen.“⁴⁵ Es bleibt folglich unklar, inwieweit diese abstrakte Formulierung vor dem Hintergrund der zahlreichen Initiativen der Grünen in anderen Bundesländern zur „Entkriminalisierung“ von sexuellen Handlungen mit Minderjährigen auch die „Moralvorstellungen“ zur Pädosexualität einschließt.

⁴³ „Grüne wollen Vergangenheit aufarbeiten“, in: Oberhessische Presse vom 3. Mai 2013.

⁴⁴ Landesprogramm der Grünen Hessen 1982, S. 137.

⁴⁵ Vereinbarung zwischen SPD und Grünen für die 11. Legislaturperiode vom 4. Juni 1984, S. 110.

III. Äußerungen führender Grünen-Politiker

1. Volker Beck

Im Jahr 1988 veröffentlichte der heutige parlamentarische Geschäftsführer und menschenrechtspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Volker Beck, einen Aufsatz zum Thema „Das Strafrecht ändern? Plädoyer für realistische Neuorientierung der Sexualpolitik“. Die Abhandlung erschien in einem von dem Sozial- und Erziehungswissenschaftler Joachim S. Hohmann unter dem Pseudonym „Angelo Leopardi“ veröffentlichten Sammelband „Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner.“ Darin enthalten sind unter anderem Aufsätze mit Überschriften wie „Sie werden unterdrückt – Was Pädophile, Kinder und Homosexuelle gemeinsam haben“, „Weder krank noch falsch – Pädophilie aus anthropologischer und verhaltenspsychologischer Sicht“, „Liebe ist immer schön – Im Gespräch mit einem 15jährigen“ oder „Unsere kleinen Freunde sind uns lieb – Aus Lebensbeschreibungen pädophiler Männer“.⁴⁶

Der Beitrag von Volker Beck wird durch den Herausgeber mit den Worten eingeleitet:

„Der nachfolgende Beitrag stammt von Volker Beck, der für das ‚Schwulenreferat‘ der Grünen im Bundestag tätig ist. Somit behandelt er die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit Pädosexualität aus dem Blickwinkel des ‚Schwulenpolitikers‘, der sich zudem noch bei der Durchsetzung seiner Politik der Mittel der politischen Parteien und Parlamentsfraktionen bedient.“⁴⁷

In seinem Beitrag plädiert Beck für eine Entkriminalisierung pädophiler Handlungen und die Aufhebung des Schutzalters von 14 Jahren:

„Als Etappenziel kann hier nur eine Versachlichung der Diskussion um das Problem der Pädosexualität vorgeschlagen werden. Als strafrechtliche Perspektive wäre hier z.B. eine Novellierung ins Auge zu fassen, die einerseits das jetzige ‚Schutzalter‘ von 14

⁴⁶ Angelo Leopardi (Hrsg.): Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner. Berlin/Frankfurt 1988.

⁴⁷ Volker Beck: Das Strafrecht ändern? Plädoyer für realistische Neuorientierung der Sexualpolitik, in: Angelo Leopardi (Hrsg.): Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner. Berlin/Frankfurt 1988, S. 255-268, hier: S. 255.

Jahren zur Disposition stellt (in den Niederlanden gab es solche Initiativen mit erheblichem Erfolg!) oder auch eine Strafabschensklausele. Eine Diskussion um eine solche Reform des P. 176 [Sexueller Missbrauch von Kindern] würde sicherlich einem entkrampfteren und weniger angstbesetzten Klima den Weg bahnen. Eine Strafabschensklausele, würde sie durchgesetzt, würde eine tatsächliche Auseinandersetzung vor Gericht, und, wenn die Bewegung stark genug ist, in der Öffentlichkeit um die Frage einer eventuellen Schädigung eines Kindes durch sexuelle Kontakte mit einem Erwachsenen ermöglichen. Wer jetzt einwendet, dass man die Gerichte kenne und dort der Fortschritt nicht gerade Urständ feiert, hat sicher recht, aber die Alternative sieht nicht besser aus: Ein Vertrauen darauf, durch noch so starken öffentlichen Druck eine Mehrheit für die Streichung des Sexualstrafrechts im Parlament zu erhalten, scheint reichlich naiv.

Immerhin – und das macht langfristig Hoffnung auf ein ‚Reförmchen‘ auch gerade beim P. 176 StGB – hat der Sonderausschuss des Bundestages damals gerade für diesen Paragraphen eine erneute parlamentarische Diskussion für den Fall in Aussicht gestellt, dass sich die jetzige Definition des zu schützenden Rechtsgutes sexualwissenschaftlich nicht mehr halten lasse. Wer für die Lebens- und Rechtssituation der pädophilen Menschen etwas erreichen will, muss diese Diskussion mit Aufklärung und Entmythologisierung vorbereiten, eine bloße Ideologisierung der Gegenposition zum Sexualstrafrecht kann hierin ihres realpolitischen Misserfolgs sicher sein.

Nicht zuletzt werden die Chancen einer solchen Initiative und die Entkriminalisierung von unproblematischen sexuellen Kontakten zwischen Erwachsenen und Kindern überhaupt von dem sexualpolitischen Klima einer Gesellschaft abhängen. [...] Klar ist auch: Solange es noch einen § 175 gibt, wird man sich bei einer Liberalisierung des § 176 die Zähne ausbeißen. Aufklärung ist ein Prozeß und kein Handstreich!⁴⁸

Die Inhalte und Ansinnen des berüchtigten Lüdenscheider Papiers, das 1985 in der Öffentlichkeit auf heftigste Ablehnung stieß, werden von Beck in diesem Sinne auch drei Jahre später noch gerechtfertigt und eine entsprechende Initiative angemahnt:

„Was allerdings manchmal traurig stimmt, ist die kritiklose Übernahme der kollektiven Vorurteile dieser Gesellschaft. [...] Während DIE GRÜNEN sich – eher lustlos und

⁴⁸ Volker Beck: Das Strafrecht ändern? Plädoyer für realistische Neuorientierung der Sexualpolitik, in: Angelo Leopardi (Hrsg.): Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner. Berlin/Frankfurt 1988, S. 255-268, hier: S. 263 f.

manchmal ängstlich – die Forderung nach Gleichberechtigung der Schwulen und Lesben auf breiter Ebene zu eigen gemacht haben, ist von ihnen keine Initiative im Bereich der Pädosexualität zu erwarten. Die Arbeit der GRÜNEN in diesem Bereich setzt sich ausschließlich mit der Thematik des sexuellen Mißbrauchs von Kindern auseinander. Das Lüdenscheider Debakel und der anschließende Nichteinzug des strukturschwachen GRÜNEN Landesverbandes in den Landtag von Nordrhein-Westfalen (1985) haben eine nüchterne Betrachtung der Pädosexualität auf Jahre hin unmöglich gemacht.“⁴⁹

Seinen Beitrag schließt Volker Beck daher mit dem erschreckenden Fazit:

„Eine Entkriminalisierung der Pädosexualität ist angesichts des jetzigen Zustandes ihrer globalen Kriminalisierung dringend erforderlich, nicht zuletzt weil sie im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen aufrechterhalten wird.“⁵⁰

Erst als Becks Plädoyer für eine „Entkriminalisierung der Pädosexualität“ im Jahr 2010 aufgedeckt und der Grünen-Politiker damit konfrontiert wurde, sah sich dieser zu einer ersten Rechtfertigung veranlasst. Seine durch kein einziges Schriftstück belegte Behauptung, der Text sei damals durch den Herausgeber verfälscht worden, hielt jedoch seinen eigenen Worten zufolge einer gerichtlichen Überprüfung offenkundig nicht wirklich stand:

„Der damalige Abdruck war nicht autorisiert und im Sinn durch eine freie Redigierung vom Herausgeber verfälscht. Nach meiner Erinnerung ist das Justitiariat der Grünen Fraktion damals gegen Verlag und/oder Herausgeber vorgegangen: Eine Durchsetzung der Nichtverbreitung war wohl nicht erreichbar, aber eine Neuauflage des Werkes mit diesem Artikel wurde untersagt.“⁵¹

Auch das vorgebliche Urteil eines Gerichtes zur Unterlassung einer Neuauflage haben Beck und die Grünen-Fraktion bislang trotz breiter Forderungen nach vorbehaltloser

⁴⁹ Volker Beck: Das Strafrecht ändern? Plädoyer für realistische Neuorientierung der Sexualpolitik, in: Angelo Leopardi (Hrsg.): Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner. Berlin/Frankfurt 1988, S. 255-268, hier: S. 265 f.

⁵⁰ Volker Beck: Das Strafrecht ändern? Plädoyer für realistische Neuorientierung der Sexualpolitik, in: Angelo Leopardi (Hrsg.): Der pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner. Berlin/Frankfurt 1988, S. 255-268, hier: S. 266.

⁵¹ Volker Beck: Getroffene Hunde bellen, in: <http://beckstage.volkerbeck.de/2010/04/07/getroffene-hunde-bellen/> (abgerufen am 14. Juni 2013).

Aufklärung des Sachverhaltes nicht vorgelegt. Stattdessen sucht Beck noch im Jahre 2010 seine Forderung zur Straffreiheit für Pädophilie mit einer damals in Sexualwissenschaft und Kriminologie angeblich vorherrschenden Tendenz zu exkulpieren:

„Die Sicht auf die Pädophilie war in den 70er und 80er Jahren von einem systematischen Irrtum in weiten Teilen der Sexualwissenschaft und auch Teilen der Kriminologie verstellt: Selbst Kriminologen des Bundeskriminalamtes (BKA) schlugen damals vor, zwischen gewaltlosen, angeblich ‚harmlosen‘ Sexualkontakten und gewaltförmigen, schädlichen Sexualkontakten zwischen Erwachsenen und Kindern zu unterscheiden. Diese Diskussionen wurden in dem genannten Artikel referiert. [...] Allerdings war mein Gedankengang damals auch noch von dem systematischen Irrtum geprägt, dass man theoretisch zwischen gewaltlosen, angeblich ‚harmlosen‘ Sexualkontakten und gewaltförmigen, schädlichen Sexualkontakten zwischen Erwachsenen und Kindern unterscheiden könne. Dies war ein schwerer Fehler, aus dem ich auch Konsequenzen gezogen habe.“⁵²

Es bleibt freilich unbeantwortet, welche Konsequenzen der nach wie vor in maßgeblicher politischer Funktion tätige Beck gezogen haben will. Auch der Widerspruch zwischen dem anfänglichen Verweis auf eine angeblich „freie Redigierung“ des „nicht autorisierten“ Textes und der anschließenden Rechtfertigung seiner Gedankengänge als Anknüpfung an eine angebliche wissenschaftliche Lehrmeinung lassen Zweifel an der Darstellung Becks aufkommen. Dass Volker Beck zudem erst kürzlich im Rahmen einer Unterlassungsklage der Jungen Union Bayern den Abdruck des Textes unter ausdrücklichem Verweis auf seine Urheberrechte an dem Text zu unterbinden suchte,⁵³ widerspricht gleichfalls der Behauptung des Grünen-Politikers, wonach es sich bei dem Text um eine nicht von ihm geschriebene Fassung gehandelt habe. Kritisch äußert sich daher die Welt in ihrem Leitartikel vom 22. Mai 2013:

„Und auch Volker Beck, der sonst gerne auf dem Moralthron sitzt, täte gut daran, sich unmissverständlich zu äußern. Und er sollte sein Glück zu schätzen wissen: Jeder

⁵² Volker Beck: Getroffene Hunde bellen, in: <http://beckstage.volkerbeck.de/2010/04/07/getroffene-hunde-bellen/> (abgerufen am 14. Juni 2013).

⁵³ Vgl. „Volker Beck mahnt Junge Union ab“, in: <http://www.heise.de/tp/artikel/39/39297/1.html> (abgerufen am 17. Juni 2013).

Unionsabgeordnete, den man mit solchen Zitaten konfrontieren würde, wäre wohl politisch augenblicklich erledigt.“⁵⁴

2. Daniel-Cohn-Bendit

Der Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit wurde im Jahr 1994 Mitglied des Europäischen Parlamentes. Seit dem Jahr 2002 ist er dort Co-Vorsitzender der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz und damit einer der prominentesten Vertreter der Partei auf europäischer Ebene.

Der 1968 aus Frankreich ausgewiesene Cohn-Bendit veröffentlichte im Jahr 1975 das autobiographische Buch „Der große Basar“, in dem er seine Erfahrungen als Betreuer in einem anti-autoritären Kindergarten schildert. Darin schreibt er:

„Bei den Kindern ist mir bewusst geworden, dass dieses Bedürfnis, den anderen von mir abhängig zu machen, tatsächlich in allen meinen Beziehungen vorhanden ist. Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen. Es ist kaum zu glauben. Meist war ich ziemlich entwaffnet. Es waren alles Kinder von Intellektuellen, von Studenten, also von Leuten, die viel gelesen haben. [...] Konflikte mit den Eltern blieben nicht aus. Einige Kinder haben ihren Eltern oft beim Vögeln zugesehen. Eines Abends hat ein kleines Mädchen seine Freundin zu Hause besucht und sie gefragt: „Willst du mit mir vögeln?“ Und sie hat vom Bumsen, Vögeln usw. gesprochen. Daraufhin sind die Eltern der Freundin, praktizierende Katholiken, gekommen, um sich zu beschweren; sie waren aufs Äußerste schockiert.

Es ist mir mehrmals passiert, dass einige Kinder meinen Hosenlatz geöffnet und angefangen haben, mich zu streicheln. Ich habe je nach den Umständen unterschiedlich reagiert, aber ihr Wunsch stellte mich vor Probleme. Ich habe sie gefragt: ‚Warum spielt ihr nicht untereinander, warum habt ihr mich ausgewählt und nicht andere Kinder?‘ Wenn sie darauf bestanden, habe ich sie dennoch gestreichelt.

Da hat man mich der ‚Perversion‘ beschuldigt. Unter Bezug auf den Erlass gegen ‚Extremisten im Staatsdienst‘ gab es eine Anfrage an die Stadtverordnetenversammlung, ob ich von der Stadtverwaltung bezahlt würde. Ich

⁵⁴ „Vom grünen Thron“, in: Die Welt vom 22. Mai 2013.

hatte glücklicherweise einen direkten Vertrag mit der Elternvereinigung sonst wäre ich entlassen worden. [...]

Die antiautoritäre Bewegung hat in Deutschland am stärksten in der Kindererziehung eingeschlagen. Die Kommunebewegung war mit der Entstehung der antiautoritären Kinderläden verbunden. Reich und Marx waren die theoretischen Grundpfeiler der Bewegung in Deutschland. Weniger Freud, denn Freud hat die Sexualität objektiv untersucht, während Reich den Kampf für die Sexualität verkörpert, vor allem für die Sexualität der Jugendlichen.

Eines der Probleme im Kindergarten war, dass die Liberalen die Existenz der Sexualität allenfalls anerkannten, während wir versucht haben, sie zu entwickeln und uns so zu verhalten, dass es den Kindern möglich war, ihre Sexualität zu verwirklichen.“⁵⁵

Dass es sich bei diesen pädophilen Äußerungen nicht um einen Einzelfall handelt, beweist eine TV-Aufnahme vom 23. April 1982. In der Talkshow „Apostrophes 2“ des französischen Fernsehsenders Antenne 2 äußerte sich Cohn-Bendit dabei wie folgt:

„Ich fühle mich fit, entspannt, es geht mir echt gut. Jetzt arbeite ich mit kleinen Kindern. [...] Um 9 Uhr morgens gehe ich hin, zu meinen acht kleinen Knirpsen zwischen 16 Monaten und zwei Jahren. Ich wasche Ihnen den Popo ab, ich kitzle sie, sie kitzeln mich, wir schmusen uns.“⁵⁶

Der gleichfalls in der Gesprächsrunde sitzende Schriftsteller Paul Guth wirft daraufhin ein „Vorausgesetzt, dass es nicht zu viel Schmusen gibt“ und richtet die Mahnung an Cohn-Bendit: „Sie könnten ihnen Ideen in den Kopf setzen mit ihrem Schmusen.“ Der Grünen-Politiker weist diese Vorhaltungen gleichwohl zurück:

„Aber warum ihnen keine Ideen in den Kopf setzen? Zuerst setze ich ihnen keine Ideen in den Kopf. Wissen Sie, die Sexualität eines Kindes ist etwas Fantastisches. Man muss aufrichtig sein, seriös. Bei den ganz Kleinen ist es etwas anderes, aber bei den Vier- bis Sechsjährigen, wenn ein kleines fünfjähriges Mädchen beginnt, sie auszuziehen, ist das großartig. Es ist großartig, weil es ein Spiel ist, ein wahnsinnig erotisches Spiel.“⁵⁷

⁵⁵ Cohn-Bendit, Daniel: Der große Basar. Gespräche mit Michel Lévy, Jean-Marc Salmon, Maren Sell. München 1975, S. 140-147.

⁵⁶ Aufzeichnung der Talkshow „Apostrophes 2“, Antenne 2 vom 23. April 1982, in http://www.youtube.com/watch?v=2kTPmH5U1_8 (abgerufen am 17. Mai 2013).

⁵⁷ Ebda.

Augenscheinlich gute Beziehungen unterhielt Cohn-Bendit darüber hinaus zu dem mehrfach verurteilten Sexualstraftäter Dieter F. Ullmann, der später zum Koordinator der Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule und Päderasten der Grünen avancierte.⁵⁸ So äußerte sich Cohn-Bendit anlässlich der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im April 1981 gegenüber der „Zeit“ mit den Worten: „Dann kommt Dieter Ullmann, der jetzt noch im Knast sitzt, in das Berliner Abgeordnetenhaus.“ Es kann davon ausgegangen werden, dass sich Cohn-Bendit darüber im Klaren war, aufgrund welcher Verbrechen Ullmann verurteilt worden war. Gleichwohl kündigte er an: „Den machen wir zum Bundestagskandidaten. [...] Mal sehen, ob die CDU das bei dem Knacki [...] mitmacht.“⁵⁹

Cohn-Bendit fungierte darüber hinaus auch als presserechtlich gemäß Impressum allein verantwortlicher Herausgeber und Redakteur des „Pflasterstrand“, einem monatlich erscheinenden Stadtmagazin der linksextremen Szene in Frankfurt. Vor seiner Selbstbezeichnung als „Stadtzeitung für Frankfurt“ erschienen die einzelnen Ausgaben unter einer Reihe aufschlussreicher Untertitel wie „Zeitung für Stadtindianer“ (!), „Zeitung für Exhibitionisten“ oder „Zeitung der Linksradiكالen in Frankfurt“.

In einem Beitrag des von Cohn-Bendit herausgegebenen „Pflasterstrand“ um die Jahreswende 1977/78 heißt es folglich: „Wir tun Kindern ja Gewalt an, wenn wir auf ihre sexuellen Bedürfnisse nicht eingehen.“⁶⁰ Was die Autoren des „Pflasterstrand“ darunter verstehen, wurde in Ausgabe 21 (1978) deutlich, als ein anonymes Schreiben ungehindert von Herausgeber und Redakteur Cohn-Bendit seine pädokriminellen Handlungen im Sinne des § 176 (sexueller Missbrauch von Kindern) schildern durfte:

„Letztes Jahr hat mich ein 6jähriges Genossenmädchen verführt. Es war eines der schönsten und sprachlosesten Erlebnisse, die ich je hatte. Vielleicht war es so schön, weil es so sprachlos war. Es war das einzige Mal, wo es mir nicht zu früh kam. Aber das war nicht wichtig in dem Moment, und es ist auch jetzt nicht wichtig, ein Traktat über das Für und Wider von Päderastie zu schreiben.“⁶¹

⁵⁸ Vgl. Kap. I.3 der vorliegenden Dokumentation.

⁵⁹ Zitiert nach: „In der Pädo-Falle“, in: <http://www.n-tv.de/politik/In-der-Paedo-Falle-article10735961.html> (abgerufen am 14. Juni 2013).

⁶⁰ Zitiert nach: „Die Freude am Tabubruch“, in: die tageszeitung vom 8. Juni 2013

⁶¹ „Gedanken eines Sauriers“, in: Pflasterstrand 21 (1978), S. 42.

In einer zwei Jahre später publizierten Ausgabe des Magazins von Cohn-Bendit findet sich eine nicht minder abstoßende Textstelle:

„Vorbei. Das Jahr des Kindes. Endlich. Jetzt sind sie wieder zum Abschluß freigegeben... für ein- bis dreijährige gilt die Schonzeit während der ganzen ersten Jahreshälfte.“⁶²

Vor dem Hintergrund einer Solidaritätsbewegung mit dem mehrfach verurteilten Pädokriminellen Peter Schult im Jahr 1982 befand der „Pflasterstrand“ zudem, dass sich die Linke stärker mit dem „Tabu“ der „abgewehrten und verleugneten Sexualität in der Erwachsenen-Kind-Beziehung“ beschäftigen solle:

„Auch hat sich gezeigt, daß man nicht ohne weiteres davon ausgehen kann, daß die sexuellen Bedürfnisse von Erwachsenen und Kindern soweit auseinanderfallen, daß man hier nur und ausschließlich sexuelle Ausbeutungsverhältnisse unterstellen müsste.“⁶³

Den Recherchen der taz zufolge handelt es sich bei diesem Auszug aus dem von Daniel Cohn-Bendit herausgegebenen Magazin „nur um eine von vielen Textstellen, in denen die Unterscheidung von Erwachsenen- und Kindersexualität zielgerichtet eingeebnet wurde.“⁶⁴

Ungeachtet der Vielzahl pädophiler Äußerungen haben sich die Grünen jedoch immer wieder hinter ihren Parteifreund Cohn-Bendit gestellt. So berichtet die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Mai 2013, dass aus einem in der Heinrich-Böll-Stiftung aufbewahrten Strategiepapier aus dem Jahr 2001 hervorgeht, wie die Grünen der bereits im Jahr 2001 als Folge eines offenen Briefes des ehemaligen Außenministers Klaus Kinkel aufkommenden Kritik an Cohn-Bendit entgegenzuwirken gedachten. Die Kritiker des Grünen-Politikers, darunter zahlreiche engagierte Streiter gegen Pädophilie und Kindesmissbrauch, wurden dabei als „Mob“ diffamiert:

„Die Sprecherin des Verbandes grüner Parteien beriet Cohn-Bendit in der Pressestrategie und empfahl ihm damals, Betroffenheit zu äußern. „Es ist besser, Sie

⁶² Pflasterstrand 71 (1980), zitiert nach: „Offen und hemmungslos“, in: Die Tagespost vom 3. Juni 2013.

⁶³ Zitiert nach: „Die Freude am Tabubruch“, in: die tageszeitung vom 8. Juni 2013.

⁶⁴ Ebda.

füttern den Mob nicht in seinem selbstgerechten Vormarsch', riet die grüne Sprecherin Cohn-Bendit. ‚Ein starkes und vertrauensvolles Bedauern für jeden Schmerz, den ihr Text unabsichtlich erzeugt hat, würde helfen, die entrüstete Stimmung zu besänftigen.“⁶⁵

Die einschlägige Korrespondenz-Akte zum Fall Cohn-Bendit war in der Folge über Jahre hindurch als gesperrt eingestuft und erst auf öffentlichen Druck hin Anfang 2013 freigegeben worden. Es lässt sich freilich nicht mehr feststellen, ob und welche Inhalte seither daraus entnommen wurden.⁶⁶

Ein von den Grünen im Jahre 2001 selbst initiiertes Entlastungsschreiben einiger Eltern der von Cohn-Bendit als Erzieher betreuten Kinder wurde durch das Büro Cohn-Bendits mehrfach selbst bearbeitet.⁶⁷ Im Jahr 2013 korrigierte mit Thea Vogel eine betroffene Mutter ihre entlastende Aussage von damals und gab zu, dass sie Cohn-Bendit seinerzeit lediglich aus politischen Gründen in Schutz genommen habe: „Mein Sohn war damals nicht in der Universitäts-Kita, um die es in dem Buch ging, sondern in der Krabbelstube im Haus der Freien Schule.“⁶⁸

Zu den fälligen Konsequenzen oder auch nur einer Äußerung des Bedauerns konnte sich Cohn-Bendit allerdings nicht durchringen. Stattdessen bediente er sich eines Textbausteins, demzufolge er sich der Problematik angeblich nicht bewusst gewesen sei, „als wir über Kindersexualität diskutierten“.⁶⁹ Geradezu abenteuerlich ist schließlich die bemühte Entlastungsstrategie Cohn-Bendits in einem Spiegel-Interview vom Mai 2013. Demnach seien seine Äußerungen „heute undenkbar, weil wir wissen, wie schlimm der Missbrauch von Kindern ist. [...] Erst mit dem Bewusstsein von Kindesmissbrauch werden solche Aussagen, wie sie mir zu Last gelegt werden, einfach unerträglich.“⁷⁰ Es wirkt alles andere als glaubwürdig, wenn Cohn-Bendit heute zu insinuieren versucht, er habe zum

⁶⁵ „Das falsche Schauspiel der Grünen“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Mai 2013.

⁶⁶ Vgl. ebda.

⁶⁷ Vgl. ebda.

⁶⁸ Zitiert nach: „Mutter korrigiert ihre Entlastung Cohn-Bendits“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. April 2013.

⁶⁹ Zitiert nach: „Das falsche Schauspiel der Grünen“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Mai 2013.

⁷⁰ „Die sind alle meschugge“, Interview mit Daniel Cohn-Bendit, in: Der Spiegel 20/2013.

Zeitpunkt seiner pädophilen Äußerungen als immerhin 37 Jahre alter studierter Soziologe einfach nur nicht gewusst, „wie schlimm der Missbrauch von Kindern ist.“

Als ausgerechnet Cohn-Bendit am 20. April 2013 mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet wurde, rief die Entscheidung daher breite öffentliche Empörung hervor. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Andreas Voßkuhle, sagte seine Teilnahme an der Veranstaltung nach der Bekanntgabe des Preisträgers ab und ließ durch einen Sprecher ausrichten, dass das Bundesverfassungsgericht angesichts der Äußerungen Cohn-Bendits „in ganz besonderer Weise gehalten [sei], jeden Anschein zu vermeiden, es würde solche Aussagen billigen.“⁷¹ Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Peter Hauk, kritisierte die Verleihung mit den Worten: „Ein Pädophiler ist nicht preiswürdig.“ Sein FDP-Kollege Hans-Ulrich Rülke stellte zudem klar: „Die geplante Verleihung verhöhnt die Opfer von sexueller Gewalt.“⁷² Auch der CDU-Abgeordnete und Vizepräsident des Hessischen Landtages, Frank Lortz, forderte eine klare und unmissverständliche Distanzierung der Grünen von Cohn-Bendit:

„Es ist ein einziger Skandal und unerträglich, dass ein aus meiner Sicht programmatischer Wegbereiter des sexuellen Missbrauchs von Kindern gestützt wird und im Europaparlament sein Unwesen treiben darf. [...]

Warum fordern ihn die Hessischen Grünen nicht zum Rücktritt auf, zumal gerade sie immer hohe moralische Ansprüche geltend machen. Mir wird es speiübel, wenn ich daran denke, dass ein so verquere Typ mit perversen Fantasien im Kindergarten meiner heute erwachsenen Kinder tätig gewesen wäre. [...]

Wenn sich die Grünen nicht von Cohn-Bendit trennen und ihn öffentlich zum Rücktritt auffordern, machen sie sich mitschuldig.“⁷³

Besonderes Unverständnis rief die Verleihung allerdings bei den Opfern von sexuellem Missbrauch hervor. Der Vorstand von „Glasbrechen e.V. – für die Opfer der sexualisierten Gewalt an der Odenwaldschule“, die ehemalige Schulleiterin, Margarita Kaufmann und die beiden Aufklärerinnen der Verbrechen – die ehemalige Präsidentin des OLG Frankfurt,

⁷¹ „Äußerungen zur Sexualität mit Kindern: Voßkuhle sagt Festrede für Cohn-Bendit ab“, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/vosskuhle-sagt-festrede-fuer-cohn-bendit-ab-a-888893.html> (abgerufen am 17. Mai 2013).

⁷² „CDU zu Cohn-Bendit: ‚Ein Pädophiler ist nicht preiswürdig‘“, dpa-Meldung vom 13. April 2013.

⁷³ „Hessische Grüne müssen sich vom Europaabgeordneten Cohn-Bendit distanzieren und ihn zur Mandatsaufgabe drängen“, Pressemitteilung Frank Lortz vom 3. Mai 2013.

Brigitte Tilmann und die Rechtsanwältin Claudia Burgsmüller – zeigten sich in einer Erklärung „entsetzt“ über das Festhalten der Theodor-Heuss-Stiftung an der Verleihung des Preises für Cohn-Bendit. Weiter schreiben sie:

„Selbstverständlich handelt es sich bei der Preisvergabe an Daniel Cohn-Bendit an sich schon um eine sehr fragwürdige Entscheidung. Daniel Cohn-Bendit hat eine für ihn offenbar typische Strategie gefahren, um sich diesen Preis jetzt zu sichern. Zunächst erklärte er – ein paar Jahre ist das nun schon her, – seine umstrittenen Aussagen aus seinem Buch ‚Der große Basar‘ von 1975 seien ‚rein fiktiver Natur‘ gewesen. Das glaubte ihm allerdings niemand, entsprachen sie doch viel zu sehr dem damaligen, insbesondere auch grünen Kinderladen-Zeitgeist! Die Vorläufer der Grünen-Partei-Organisation wollten so früh wie möglich sexuellen Umgang mit Minderjährigen möglichst weit runter legalisieren. [...]

Neulich erst wurde D C-B mit den Worten zitiert, dieser ‚ganze alte Scheiß interessiere ihn nicht mehr‘. Die Opfer der Päderasten an der OWS können so etwas leider nicht von sich behaupten.“⁷⁴

In einem Schreiben des Opfervereins Glasbrechen e.V. vom gleichen Tage an die Theodor-Heuss-Stiftung und die Fraktionen des Landtages von Baden-Württemberg heißt es zudem:

„Es ist nicht unsere Intention, Cohn-Bendit Pädophilie nachzuweisen.

Aber wir stellen die Frage, wie sich die Verantwortungsträger der Theodor-Heuss-Stiftung und der baden-württembergische Ministerpräsident erklären, dass ein erwachsener Mann und Politiker sich öffentlich päderastischen Gedankenspielen hingibt?

Und wir stellen die Frage, was den französischen Staat bewog, Cohn-Bendit die französische Staatsbürgerschaft wegen seiner Lebensführung zu verweigern, da diese nicht ‚den guten Sitten‘ entspräche.

Und wir stellen die Frage, warum sich Cohn-Bendit bei den potentiellen Opfern der Kinderladen-Zeit nachträglich entschuldigt hat?

Und wir stellen die Frage, wie ein verantwortungsvoller Politiker und engagierter Neudenker der Demokratie, als welchen die Jury Cohn-Bendit sieht, in der Redaktion einer Tageszeitung ein- und ausgehen und mit deren Verantwortungsträgern

⁷⁴ Presseerklärung von Glasbrechen e.V. vom 19. April 2013 zur Preisvergabe des Theodor-Heuss-Preises an Daniel Cohn-Bendit am 20. April 2012 [sic!] in Stuttgart, in: <http://glasbrechen.de/2013/04/presseerklarung-von-glasbrechen-e-v-zur-preisvergabe-des-theodor-heuss-preises-an-daniel-cohn-bendit-am-20-april-2012-in-stuttgart/> (abgerufen am 17. Mai 2013).

befreundet sein kann, die in einen heftigen Skandal um sexuellen Missbrauch verwickelt war und ihre öffentliche Forderung der Legalisierung des Geschlechtsverkehrs mit Kindern in den 70er und 80er Jahren auch nachträglich rechtfertigt? (Über die Tageszeitung La Libération 2005: ‚Il y en a une, principalement, qui nous reste en travers de la gorge, le soutien ouvert à la pédophilie dans les années 70-80.‘).

Wir stellen fest: Die Vergabe des Preises der Theodor-Heuss-Stiftung an Daniel Cohn-Bendit ist zum einen ein Affront gegen alle Opfer sexuellen Missbrauchs, zum zweiten eine nachträgliche Bagatellisierung der pädophilen Aussagen eines Politikers und zum dritten ein Zeichen mangelnder Sensibilität all der Personen in der Theodor-Heuss-Stiftung, die direkt oder indirekt mit der Odenwaldschule zu tun hatten.

Und wir stellen fest, dass die Theodor-Heuss-Stiftung und auch die Partei der Grünen mit zweierlei Maß misst. Denn wäre der in redende stehende EU-Politiker ein um die Öffnung der Kirche verdienter katholischer Priester, der öffentlich von seinen ‚Jugendsünden‘ Abstand nimmt, er wäre noch von der Vorschlagsliste gestrichen worden, bevor sein Name je öffentlich geworden wäre.“⁷⁵

Auch der Vorsitzende des bundesweiten Opferverbandes „Eckiger Tisch“, Matthias Katsch, der im Jahr 2010 maßgeblich an der Aufdeckung und Aufarbeitung der Missbrauchsfälle an katholischen Schulen mitgewirkt hatte, erklärte in einem Interview mit Focus Online:

„Cohn-Bendit ist mitverantwortlich für den Missbrauch von Kindern. [...] Gerade die Linken und Liberalen jener Zeit müssen erkennen, dass sie bei der sexuellen Revolution nach 1968 in diesem Punkt über das Ziel hinausgeschossen sind. Bei manchen war Pädophilie, getarnt als einvernehmliche Sexualität, damals quasi gesellschaftsfähig.“⁷⁶

Der Opfervertreter kritisierte zudem, dass sich Cohn-Bendit erst unter öffentlichem Druck zu einer vorsichtigen Distanzierung von seinen Äußerungen veranlasst sah:

⁷⁵ Schreiben des Vereins Glasbrechen e.V. an die Fraktionen des Landtages von Baden-Württemberg und die Theodor-Heuss-Stiftung vom 19. April 2013, in: <http://glasbrechen.de/2013/04/zur-preisvergabe-des-theodor-heuss-preises-an-daniel-cohn-bendit-am-20-april-2012-in-stuttgart/> (abgerufen am 17. Mai 2013).

⁷⁶ „Opfervertreter klagt an: ‚Cohn-Bendit ist mitverantwortlich für Kindesmissbrauch‘, in: http://www.focus.de/politik/deutschland/opfervertreter-klagt-an-cohn-bendit-ist-mitverantwortlich-fuer-kindesmissbrauch_aid_993098.html (abgerufen am 14. Juni 2013).

„Ich bin sehr enttäuscht. Weil er erst auf vielfache Nachfrage eingesehen hat, dass er sein Verhalten nicht bagatellisieren kann. Erst jetzt wird in der Öffentlichkeit klar, dass damals Unrecht geschehen ist.“⁷⁷

Auch in der Presse wurde die Verleihung scharf kritisiert. Die Heilbronner Stimme schrieb:

„Das höchste deutsche Gericht unterstützt die Ehrung Cohn-Bendits nicht. [...] Eine richtige Entscheidung. Wer einige Passagen im Buch Cohn-Bendits liest, dem läuft es eiskalt den Rücken herunter. Er schildert detailgenau, wie er sich Kindern sexuell annähert. Das ist widerlich. [...] Es ist geradezu menschenverachtend, wenn Altlinke versuchen, die Aussagen mit dem damaligen Zeitgeist zu rechtfertigen. Wer sich Zwei- bis Fünfjährigen wie im Buch beschrieben annähert, darf keine gesellschaftliche Toleranz erfahren.“⁷⁸

Die Grünen suchten die pädophilen Schriften und Äußerungen Cohn-Bendits gleichwohl herunterzuspielen und ihren Parteifreund in Schutz zu nehmen. Die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck verharmloste das Gedankengut in einem Interview mit der Zeit vom 16. Mai 2013: „Dany ist jemand, mit dem öfter mal die Pferde durchgehen, auch in seiner Wortwahl. Das gehört zu ihm. Dafür lieben ihn ja auch die Medien.“⁷⁹ Auch die Grünen in Baden-Württemberg, deren Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche“ im Jahr 1985 die Legalisierung einvernehmlicher sexueller Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen gefordert hatte,⁸⁰ stärkten Cohn-Bendit demonstrativ den Rücken. Der in den Jahren 1983 bis 1984 als Fraktionsvorsitzender der Grünen fungierende Ministerpräsident Kretschmann sah keinen Grund zur Aberkennung des Preises an Cohn-Bendit. Stattdessen hielt er an seinem Grußwort auf der Veranstaltung fest und betonte: „Ich gehe zu der Preisverleihung, weil ich Daniel Cohn-Bendit aufgrund seiner Verdienste für Demokratie und Zivilgesellschaft für preiswürdig halte.“⁸¹ Kretschmanns Pressesprecher wurde zudem beauftragt, die Presseberichterstattung positiv im Sinne Cohn-Bendits zu lenken, so dass die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung am 5. Mai konstatieren musste:

⁷⁷ Ebda.

⁷⁸ „Gekniffen“, in: Heilbronner Stimme vom 11. April 2013.

⁷⁹ „Agent Provocateur“, Interview mit Marieluise Beck, in: Die Zeit vom 16. Mai 2013.

⁸⁰ Vgl. Kapitel II der vorliegenden Dokumentation.

⁸¹ „CDU zu Cohn-Bendit: ‚Ein Pädophiler ist nicht preiswürdig‘“, dpa-Meldung vom 13. April 2013.

„So funktioniert die grüne Pädophilie-Aufarbeitung – als falsches Schauspiel: Vorne auf der Hauptbühne rügt Kretschmann Cohn-Bendits Hosenlatz-Geschichte – und verspricht Aufklärung. Auf der Hinterbühne zernagt unterdessen Kretschmanns eigener Sprecher die gefährlichen Wahrheiten über den fiktiven Entlastungsbrief für den Grünen-Zampano aus dem Jahr 2001.“⁸²

3. Hans-Christian Ströbele und die Tageszeitung „taz“

Als mediales Sprachrohr neben diversen obskuren Publikationen des linksextremen Milieus wie konkret, Das da, Spritz, Zitty und Cohn-Bendits Pflasterstrand diente den Pädophilen über viele Jahre hindurch die linksliberale und von dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele mitbegründete Tageszeitung „taz“. Bereits im Jahr 1980 schrieb der Spiegel über die als „Leib- und Magenblatt der Grünen“⁸³ charakterisierte Zeitung:

„Insgesamt kommen derzeit jährlich etwa 20 000 bis 25 000 Fälle vollendeter oder versuchter sexueller Straftaten gegen Kinder vor den Richter. Mit massiver Propaganda suchen nun die von solcher Rechtsprechung sich verfolgt Fühlenden, die betreffenden Strafmaßnahmen vom Tisch zu bringen. Vorredner [...] sind vor allem die Tageszeitung ‚TAZ‘ und das Szenenblatt ‚Zitty‘ in Berlin.“⁸⁴

Zu den Mitbegründern zählte neben Ströbele auch ein des mehrfachen sexuellen Missbrauchs kleiner Jungen überführter Lehrer an der Odenwaldschule. Die Zeitung gestand daher angesichts der Veröffentlichung eines Gutachtens im Januar 2011 ein:

„Einer der Verführer und Gewalttäter aus dem Odenwald hat die taz mit gegründet. Gutachterinnen werfen ihm vor, kleine Jungen sexuell missbraucht zu haben. [...] Die Indizien und Belege sind eindeutig: Der Ende der 1970er zu [sic] ersten Generation der tazler gehörende Dietrich W. zählt zu den Tätern an der Odenwaldschule. Im Bericht der beiden unabhängigen Gutachterinnen zur Aufklärung, Claudia Burgsmüller und Brigitte Tilmann, werden W. neun betroffene Jungen zugeordnet. Recherchen der

⁸² „Das falsche Schauspiel der Grünen“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Mai 2013.

⁸³ „Parteitag: Grüne sauer auf ‚taz‘“, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/parteitag-gruene-sauer-auf-taz-a-169544.html> (abgerufen am 14. Juni 2013).

⁸⁴ „Mächtiges Tabu“, in: Der Spiegel 30/180.

taz bestätigen den Verdacht. Dietrich W. hat Kinder missbraucht. Er verführte die Buben, übte sexuelle Gewalt gegen sie aus. [...]

An der Schule war es eher ein offenes Geheimnis, dass auch W. zu den pädosexuellen Lehrern gehörte.“⁸⁵

Die Zeitung diente als Forum für die Pädophilenbewegung und räumte bekennenden Pädophilen wie Olaf Stüben ein Forum für ihr krudes Gedankengut ein. So konnte dieser im Jahr 1979 in der Zeitung ungehindert über die „moralinsauerer Typen“ ob ihrer als „Erfindung des Bürgertums im Frühkapitalismus“ kritisierten Unterscheidung zwischen erwachsener und kindlicher Sexualität spotten.⁸⁶ Unter der Überschrift „Ich liebe Jungs“ berichtete Stüben in der taz zudem von seinen pädophilen Erfahrungen:

„andy candy [...] war ein echtes schlüsselerlebnis für mich. alles war irgendwie zärtlich, auch das bumsen, da gab es keine erogenen zonen mehr bei mir – ich war eine einzige erogene zone. Inzwischen hat er sich leider auf mädchen spezialisiert. Wir können überhaupt viel von den jüngeren erfahren und lernen, nicht nur direkt sexuelles.“⁸⁷

Auf der Leserbriefseite einer taz-Ausgabe aus dem Jahr 1980 berichtete ein Schreiber derweil über seine sexuellen Gelüste auf das, was einer 9-jährigen „unterm Hemdchen sprießt“, derweil eine „Föderation weibliche Pädophilie“ in der Zeitung ungehindert ihre Rechte einfordern durfte.⁸⁸

Im Gegensatz zur Partei der Grünen hatte die Zeitung bereits vor mehreren Jahren über ihre Versäumnisse und ihre mangelnde Distanzierung von pädophilen Neigungen berichtet, so in einem Schwerpunkt im April 2010 nach Bekanntwerden der Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche und der Odenwaldschule.⁸⁹ Gleichwohl bagatellierte der zwischenzeitlich zum Bundestagsabgeordneten der Grünen avancierte Ströbele die frühere pädophile Gesinnung der von ihm mitbegründeten Zeitung noch immer mit dem Hinweis, dass die sexuelle Befreiung „bestimmend für die

⁸⁵ „„Didi war den Frauen zugetan““, in: die tageszeitung vom 22. Januar 2011.

⁸⁶ Zitiert nach: „Die Freude am Tabubruch“, in: die tageszeitung vom 8. Juni 2013.

⁸⁷ „Kuscheln mit den Indianern“, in: die tageszeitung vom 22. April 2010.

⁸⁸ Zitiert nach: „Die Freude am Tabubruch“, in: die tageszeitung vom 8. Juni 2013.

⁸⁹ Vgl. „Grüne Hilfe für Päderasten“, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/gruene-paedosexualitaet-cohn-bendit> (abgerufen am 17. Mai 2013).

Aufbruchstimmung der APO“ gewesen sei und daher lediglich das Pendel gelegentlich „zu weit an den Rand ausgeschlagen sei.“⁹⁰

Von einer selbstkritischen Beurteilung ihrer Verfehlungen im Umgang mit Pädophilie und Kindesmissbrauch sah die Zeitung zunächst noch ab. Stattdessen wurden als Rechtfertigung der Zeitdruck der Redakteure und eine eigenwillige Deutung des gesamtgesellschaftlichen Klimas herangezogen:

„Warum die ‚Säzzer‘, die sonst gern ihre Kommentare unter Artikel setzten, pädophile Leserbriefe nicht kommentierten? Man hatte damals einfach anderes zu tun: Zwischen RAF-Hungerstreik und Nato-Doppelbeschluss blieb die Auseinandersetzung mit Pädophilengruppen eine Randerscheinung. [...]

Anders als heute interessierte sich damals allerdings kaum jemand für Kinderschutz. Weder das Establishment, das Prügelorgien in Kinderheimen ebenso stillschweigend duldete, wie massenhaften Missbrauch – solange dieser in gutbürgerlichen Familien stattfand -, noch viele Linksalternative, die gleichberechtigte Kindersexualität aus politisch-ideologischen Gründen befürworteten – ohne die praktischen Folgen zu sehen.“⁹¹

Im Laufe der Zeit distanzierte sich die taz jedoch deutlicher von ihrer Vergangenheit. Das Bekanntwerden der Sexualstraftaten eines Mitbegründers der Zeitung veranlasste den stellvertretenden Chefredakteur, Reiner Metzger, im Januar 2012 zu der Erkenntnis: „Die Verbindungen zwischen Kindesmisshandlern, der deutschen Linken und auch der taz zu der Zeit sind offensichtlich noch nicht ausreichend geklärt.“⁹²

IV. Deutungen und Reaktionen

In dem vergeblichen Bemühen, die Vorfälle zu bagatellisieren, suchten die Grünen nach Erscheinen der ersten Presseberichte zu ihrer pädophilen Vergangenheit diese zunächst noch zu verteidigen oder zu leugnen. Der aufgrund seiner öffentlich erhobenen Forderung nach „Entkriminalisierung der Pädosexualität“ besonders ins Zwielficht geratene Volker

⁹⁰ Zitiert nach: „Kuscheln mit den Indianern“, in: die tageszeitung vom 22. April 2010.

⁹¹ „Kuscheln mit den Indianern“, in: die tageszeitung vom 22. April 2010.

⁹² Zitiert nach: „„Didi war den Frauen zugetan““, in: die tageszeitung vom 22. Januar 2011.

Beck schrieb in einem Blog, dass „in unterschiedlichen Zeitungen, Käseblättern und Blogs sich wiederholende haltlose Vorwürfe auf[tauchten]“, die „die politische Skrupellosigkeit der CSU und rechts-religiöser Ideologen“ dokumentierten, jedoch der Ernsthaftigkeit des Problems des sexuellen Missbrauchs nicht angemessen“ seien.⁹³ Auf die pädophilen Strömungen in den Reihen der Grünen angesprochen, antwortete der Vorsitzende der hessischen Grünen, Tarek Al-Wazir, in einem Interview mit der Wetzlarer Neuen Zeitung: „Es gab in den 70er Jahren teilweise seltsame Ideen, wie weit die Befreiung von der Sexualmoral der 50er und 60er Jahre gehen muss. Ich finde es aber teilweise abenteuerlich, wie CDU und FDP in Baden-Württemberg mit Dany Cohn-Bendit umgegangen sind.“⁹⁴ Abenteuerlich wirkt jedoch vielmehr Al-Wazirs verharmlosende Umschreibung einer pädophilen Geisteshaltung als „seltsame Idee“.⁹⁵ Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung konstatierte daher am 5. Mai 2013: „Parteifreunde halfen dem Europa-Abgeordneten Cohn-Bendit stets, Diskussionen über möglichen Missbrauch klein zu halten. Nun hat die Partei keine Eile, ihre pädophile Vergangenheit aufzuklären.“⁹⁶

Die anfänglichen Versuche der Parteiführung der Grünen, die pädophilen Strömungen innerhalb der Partei zu unbedeutenden Einzelfällen herunterzuspielen, waren jedoch rasch zum Scheitern verurteilt. Der Beteuerung des Grünen-Vorsitzenden Özdemir, wonach „die Pädophilen kaum Einfluss auf die Willensbildung der Partei genommen“ hätten, widersprach dabei sogar Daniel Cohn-Bendit selbst. Im Mai 2013 erklärte dieser dem Spiegel: „Sie müssen sich nur die Anträge zur Altersfreigabe beim Sex mit Erwachsenen ansehen. Das war bei den Grünen Mainstream.“⁹⁷ Diese Bemerkung entspricht überdies der Berichterstattung der Welt vom 20. März 1985, auf die sich der einschlägige Artikel eines Online-Lexikons mit der Feststellung beruft: „Auch bei den ‚Realos‘ in der Partei war zu diesem Zeitpunkt weitgehend unumstritten, dass für sie eine wesentliche Forderung die

⁹³ Volker Beck: Getroffene Hunde bellen, in: <http://beckstage.volkerbeck.de/2010/04/07/getroffene-hunde-bellen/> (abgerufen am 14. Juni 2013).

⁹⁴ „Das würde ich Steinbrück raten“, Interview mit Tarek Al-Wazir, in: Wetzlarer Neue Zeitung vom 27. April 2013.

⁹⁵ Ebda.

⁹⁶ „Das falsche Schauspiel der Grünen“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Mai 2013.

⁹⁷ Zitiert nach: „Grüne finanzierten in achtziger Jahren Pädophilen-Ausschuss, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-finanzierten-in-achtziger-jahren-paedophilen-ausschuss-a-899289.html> (abgerufen am 17. Mai 2013).

Lockerung der Straftatbestände in den §§ 174 bis 184 StGB sei.“⁹⁸ Dem renommierten Parteienforscher Jürgen Falter zufolge sei Kinderschutz „sicherlich nicht das Markenzeichen der Grünen der frühen Jahre“ gewesen.⁹⁹ In einem Bericht der Online-Ausgabe des Nachrichtensenders n-tv heißt es darüber hinaus:

„30 Jahre später gelingt die Aufarbeitung nur zwiespältig. Auch weil die Verbindungen zu den Pädö-Befürwortern weiter reichen als anfangs gedacht. [...] Denn kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Details auftauchen, die die frühere Protestpartei in einem wenig schmeichelhaften Licht dastehen lässt. Der Einfluss pädophiler Tendenzen war nicht gerade gering bei den Grünen.“¹⁰⁰

Die Welt verglich die grüne Partei der 80er-Jahre in der Rückschau mit einem „Honigtopf für Päderasten“¹⁰¹ und kritisierte, dass erst der öffentliche Druck die Grünen zu einer späten und zögerlichen Aufarbeitung ihrer pädophilen Vergangenheit veranlasst habe:

„Dass Pädophilie in der Partei salonfähig war, ist verbrieft. [...] Doch die Grünen scheinen weder durch diese Texte in der bei ihnen viel gelesenen Zeitung [taz] noch durch die Missbrauchsdiskussionen aus Anlass der Kirchen auf die Idee gebracht worden zu sein, im eignen Haus unter die Teppiche zu schauen. Offenbar bedurfte es erst der von außen induzierten Aufregung um die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an den Europa-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit, um nun überprüfen zu lassen, wie er uns andere Grüne damals zu dem Thema standen.“¹⁰²

Auch die „Süddeutsche Zeitung“ kritisierte die zögerliche Haltung und die fehlenden Bemühungen der Grünen zur Aufarbeitung ihrer Parteigeschichte:

„Die Grünen sind spät dran. Erst jetzt, wo wieder mal heftig über Daniel Cohn-Bendits Hosenlatz-Episode diskutiert wird, will die Partei vergangene Positionen zu Pädophilie

⁹⁸ Debatte um Abschaffung des Sexualstrafrechts in Deutschland, in: http://de.wikipedia.org/wiki/Debatte_um_Abschaffung_des_Sexualstrafrechts_in_Deutschland (abgerufen am 17. Mai 2013).

⁹⁹ Zitiert nach: „Grüne Hilfe für Päderasten“, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/gruene-paedosexualitaet-cohn-bendit> (abgerufen am 17. Mai 2013).

¹⁰⁰ „In der Pädö-Falle, in: <http://www.n-tv.de/politik/In-der-Paedo-Falle-article10735961.html> (abgerufen am 14. Juni 2013).

¹⁰¹ „Die Grünen, wie ein Honigtopf für Päderasten“, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article116394740/Die-Gruenen-wie-ein-Honigtopf-fuer-Paederasten.html> (abgerufen am 14. Juni 2013).

¹⁰² Ebda.

untersuchen lassen. Das hätte sie schon früher tun müssen, um glaubwürdig zu sein.“¹⁰³

Selbst die den Grünen nahestehende Tageszeitung taz stellt rückblickend fest:

„Päderasten bei den Grünen der frühen 80er, war das nur eine Splittergruppe? Die AG [SchwuP] hatte mehr Einfluss, als es die Partei heute glauben machen will. [...] Denn sie arbeiteten jahrelang direkt der Bundestagsfraktion der Grünen zu – und wurden auch von ihr finanziert. Die Schwulen und Päderasten, parteiintern gern mit dem Kosewort SchwuPs verniedlicht, saßen mit an den Schalthebeln.“¹⁰⁴

Bei der weniger von den Grünen, als vielmehr von der Presse durchgeführten Aufarbeitung der Parteigeschichte trat in den Kommentaren alsbald auch die offensichtliche Verbindung zu den nachhallenden Fehlentwicklungen des Zeitgeistes der 68er-Bewegung zutage. Deren idealisierte Forderungen nach grenzenloser Liberalisierung und Toleranz gegenüber allem und jedem bildete der Tageszeitung Die Welt zufolge den Gründungsmythos der Grünen und schloss daher auch eine bewusste Offenheit gegenüber Pädophilie ein:

„Haben die Grünen also ein Problem mit ihrer Vergangenheit? Natürlich haben sie es. [...] Ein Teil der damaligen Grünen war Mitte der 80er-Jahre noch von jenem Geist von 68 geprägt, der in jedem Tabu Repression sah und die Befreiung von allem und jedem für eine gute Sache hielt. Es stand die weit übers Ziel hinausschießende Idee von der sexuellen Befreiung dahinter, für die es ja auch gute Gründe gegeben hatte. Hier aber war jedes Maß verloren. Auf eine Formel gebracht: Der Staat verbietet Sexualität mit Kindern – also sind wir dafür. Daher kam die gefährliche Toleranz gegenüber Pädophilie, wie auch gegenüber Kleinkriminalität, Drogen und Gewalt gegen den Staat. [...]

Die Schriftstellerin Sophie Dannenberg hat kürzlich beschrieben, dass es in den 70er-Jahren im Umfeld ihres Kinderladens Fälle von Kindesmissbrauch gegeben habe. Die Erwachsenen, die dieses Verbrechen begingen, taten das nicht, schreibt sie, weil sie pädophil waren: „Sie taten es, weil sie dachten, dass Scham und Hemmung bourgeois

¹⁰³ „Falsch verstandene Toleranz“, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-und-paedophilie-vorwurfe-falsch-verstandene-toleranz-1.1671849> (abgerufen am 17. Mai 2013).

¹⁰⁴ „Im Zentrum der Macht“, in: die tageszeitung vom 12. Mai 2013.

seien.' Diese Umkehrung aller Werte, diese außer Rand und Band geratene Befreiungsidee fand auch bei den Grünen kurzzeitig eine Herberge.“¹⁰⁵

Auf ähnliche Anknüpfungspunkte verweist auch die Zeit:

„Die Partei, die sich vor 30 Jahren daran machte, die Bundesrepublik grüner, freier, gerechter und besser zu machen, war in ihren Anfangsjahren ein Sammelbecken für alle möglichen Strömungen und Gruppierungen [...]. Und so fand auch die Ansicht Unterstützung, sexuelle Kontakte zwischen Kindern und Erwachsenen seien für Kinder nicht nur nicht schädlich, sondern förderlich für deren psychosoziale Entwicklung. Pädophile konnten darauf bauen, dass auch in ihrem Fall ein grüner Solidaritätsmechanismus greifen würde. Es gelang ihnen über einen langen Zeitraum, Sex mit Kindern als letzte Bastion darzustellen, die im Zuge der sexuellen Befreiung gestürmt werden müsse, und dafür auch noch Unterstützer zu finden.“¹⁰⁶

Zitiert wird in dem Artikel zudem die Kritik des Soziologen Gerhard Amendt an der vorherrschenden Geisteshaltung der 1968er-Bewegung: „Die 68er haben eine Regel außer Kraft gesetzt: dem kindlichen Körper gebührt die Zärtlichkeit, aber nicht das Sexuelle.“¹⁰⁷

Gleichwohl suchten führende Vertreter der Grünen, die Vergangenheit der Partei weiter zu bagatellisieren. Ihre Unterstützung pädophiler Vereinigungen begründeten sie dabei trotz deren eindeutiger Äußerungen alleine mit Naivität und falsch verstandener Toleranz. So rechtfertigte sich die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck:

„Ich kann nicht für mich reklamieren, damals schon erkannt zu haben, um was für Leute es sich da handelt. Allerdings überstieg es auch meine Vorstellungen, dass es da um Sex mit Kindern gehen könnte. [...] Wir haben damals nicht erkannt, dass dabei die Dimension des Missbrauchs erreicht ist. Das kann daran liegen, dass jedenfalls ich wegen meiner durchaus konservativen Herkunft gar nicht fähig war mir vorzustellen, dass es solche Sexualbeziehungen geben könnte. [...] Es herrschte eine große Unsicherheit was man darf und was man nicht darf.“¹⁰⁸

¹⁰⁵ „Vom grünen Thron“, in: Die Welt vom 22. Mai 2013.

¹⁰⁶ „Grüne Hilfe für Päderasten“, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/gruene-paedosexualitaet-cohn-bendit> (abgerufen am 17. Mai 2013).

¹⁰⁷ Zitiert nach ebda.

¹⁰⁸ „Schatten auf dem grünen Zeitgeist“, in: Die Welt vom 15. Mai 2013.

In einem Interview mit dem Deutschlandradio wurden die pädophilen Strömungen von Marieluise Beck weiter verharmlost. Diese seien eine Reaktion auf die „Lustfeindlichkeit und Prüderie einer reichlich verklemmten Gesellschaft“ und Ausdruck eines „grünen Chaos, in dem tatsächlich die Trennschärfe zwischen den Forderungen nach sexueller Freiheit und sexuellen Übergriffen vollständig verloren gegangen war“, gewesen. Einen „Tatort Grün“ vermochte die Bundestagsabgeordnete ungeachtet der Fülle einschlägiger Belege nicht zu erkennen.¹⁰⁹

Es sind derlei unbeholfene Entlastungsversuche, welche die Journalistin Bettina Röhl, die maßgeblich an der Aufdeckung der pädophilen Schriften und Äußerungen Cohn-Bendits mitgewirkt hatte, in einem Kommentar in der Wirtschaftswoche zu der Feststellung veranlassten:

„Kein grüner Spitzenpolitiker, der sich nicht inzwischen ins Zeug wirft, die grüne pädophile Kröte mit Abscheu und Reue, aber eisenhart um Schadensbegrenzung bemüht, zu thematisieren und sich selber zu distanzieren. [...] Es ist das grüne Spitzenpersonal, das seit langem über das pädophile Geschehen in ihren Reihen Bescheid wusste, aber nicht in der Lage war die Verwerflichkeit und die Perversion zu erkennen. Moralisch-ethische Blindheit als Schuldausschließungsgrund, Schuldunfähigkeit aufgrund ideologischer Verblendung und eine eiskalte Empfindungslosigkeit gegenüber Kinder und Jugendlichen – das wären noch die wohlwollendsten Beschreibungen dieser grünen Kröte.“¹¹⁰

Auch die Wochenzeitung Zeit lässt die Entlastungsversuche führender Grünen-Politiker nicht gelten und weist deren versuchte Marginalisierung der pädophilen Strömungen zurück:

„Cohn-Bendit war nicht der einzige Verirrte: [...] Denn bei den Grünen konnten in den 1980er Jahren Pädophile ungestört Lobbyarbeit in ihrem Sinne betreiben. Und sie stießen teils auf große innerparteiliche Zustimmung und Unterstützung. [...] Dass dies besonders subtil geschehen wäre, lässt sich nicht behaupten. Pädosexuelle

¹⁰⁹ „Es gibt keinen Tatort Grün“, Interview mit Marieluise Beck, in: http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/2113903/ (abgerufen am 14. Juni 2013).

¹¹⁰ „Die grüne pädophile Kröte“, in: Wirtschaftswoche vom 28. Mai 2013.

Bekanntnisse und Pamphlete erschienen in der taz, in linken Magazinen wie dem Frankfurter Pflasterstrand, für den Cohn-Bendit presserechtlich verantwortlich zeichnete, in Konkret, Das da und Spritz, verantwortet von Rainer Röhl, der des Missbrauchs an seinen Töchtern beschuldigt wird. Die Texte waren zahlreich und sie waren explizit.“¹¹¹

Die „Augsburger Allgemeine“ griff die Kritik an der Tolerierung und Unterstützung pädophiler Strömungen durch die Grünen ebenfalls auf und kommentierte:

„Viele Grüne begründen das verquere Verständnis von Toleranz rückblickend mit dem Zeitgeist ihrer Anfangsjahre. Mit dem Kampf gegen die Spießigkeit und sexuelle Verklemmtheit der Nachkriegsgesellschaft. Bei den Grünen durfte jeder alles sagen und alles fordern. Denkverbote hätten sich nicht mit dem Selbstverständnis der Partei vertragen, die Anfang der 80er Jahre nicht nur ein Sammelbecken für Umwelt- und Friedensaktivisten war, sondern auch für allerlei obskure Minderheiten, Provokateure und Tabubrecher. Das mag eine glaubwürdige Erklärung für den Larifari-Umgang mit Pädophilen wie den ‚Stadtindianern‘ sein. Eine Entschuldigung ist es nicht.“¹¹²

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb zudem am 19. Mai 2013, dass „grüne Verdrängungs-Legenden“, denen zufolge die Partei keine Beschlüsse zur Pädosexualität gefasst habe, deutlich machten, „wie nötig die Aufarbeitung der pädophilen Geschichte ist.“¹¹³

Neben den zögerlichen und uneinsichtigen Reaktionen führender Grünen-Politiker und dem fehlenden Wille der Parteiführung zur Aufarbeitung ihrer Geschichte stieß in der medialen Aufarbeitung des Pädophilie-Skandals bei den Grünen auch die Doppelmoral der sich bei anderen Anlässen gerne zu moralischen Vorkämpfern stilisierenden Grünen auf Kritik. So schrieb die Welt am 15. Mai 2013:

„Cohn-Bendit war kein Einzelfall: Dass Grüne einst Sex mit Kindern propagierten, beschädigt ihren moralischen Nimbus. Die von der Grünen-Vorsitzenden Claudia Roth im Zuge des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche noch vehement

¹¹¹ „Grüne Hilfe für Päderasten“, in: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/gruene-paedosexualitaet-cohn-bendit> (abgerufen am 17. Mai 2013)

¹¹² „Grüne Moral“, in: Augsburger Allgemeine vom 24. Mai 2013.

¹¹³ „Ein Triumph der Päderasten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Mai 2013.

geleugnete Verbindung der ‚sexuellen Revolution‘ im Gefolge der 1968er-Bewegung mit den Missbrauchsfällen stellt die Grünen nach Ansicht der Zeitung vor ein grundlegendes Problem: „Wenn es als ‚Entlastungsversuch‘ unzulässig sein soll, die Duldung von Pädophilie auf den Zeitgeist zurückzuführen – wie sollen dann heute die Grünen erklären, dass bei ihnen Anfang der 80er-Jahre für Sexualkontakte zwischen Erwachsenen und Kindern geworben wurde? Auf den Zeitgeist soll man also nicht verweisen dürfen. Worauf dann? Auf kriminelle Energie? Auf die Verantwortung einer Institution? [...]

Bei den Grünen war es selbstverständlich eine zeittypische und eben grundfalsche Haltung, die damals Pädophilie-Befürwortern eine Bühne eröffnete. Man idealisierte die angeblich freie Sexualität und ignorierte die grundsätzliche Asymmetrie in sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern. Zudem sorgte die Feindseligkeit gegenüber dem staatlichen ‚Repressionsapparat‘ dafür, dass man im Zweifel lieber mit Pädophilen sympathisierte als mit Staatsanwälten. Hinzu kam ein Pseudopluralismus, in dem man den vermeintlich zu Unrecht unterdrückten Stimmen ein Podium geben zu müssen meinte. Der Rest waren Naivität und Feigheit.“¹¹⁴

Am 22. Mai 2013 heißt es zudem im Leitartikel derselben Zeitung:

„Leider ist Selbstkritik nicht in den Genen der Grünen angelangt. [...] Weil sie – Rettung von Natur und Schöpfung – gleich mit gattungsgeschichtlichem Aplomb die politische Bühne betreten hat, imprägnierte sie sich relativ früh als eine Partei, die moralisch in einer kategorial anderen Liga zu spielen glaubte als alle anderen, denen der Verschrottungsbegriff ‚Altparteien‘ reserviert war. Von dieser Haltung können sie sich nur schwer lösen, sie ist ihnen [...] geradezu habituell geworden.“¹¹⁵

Auch die Süddeutsche Zeitung merkte in diesem Sinne an:

„Die Grünen sind gerne sofort dabei, wenn irgendwo für eine gute Sache gekämpft wird. So war es auch vor drei Jahren, als viele Opfer ihr Schweigen brachen und über die sexuelle Gewalt sprachen, die sie in Einrichtungen der Kirche oder in der reformpädagogischen Odenwaldschule erlitten hatten. Den Grünen konnte es gar nicht schnell genug gehen mit der Aufarbeitung. Fraktionschefin Renate Künast verlangte damals ein Ende der ‚Wagenburgmentalität‘; denn nicht die Institutionen

¹¹⁴ „Schatten auf dem grünen Zeitgeist“, in: Die Welt vom 15. Mai 2013.

¹¹⁵ „Vom grünen Thron“, in: Die Welt vom 22. Mai 2013.

würden Schutz und Hilfe benötigen, sondern die Kinder. Was aber war mit der eigenen Partei? Sind die Grünen denn keine Institution, die etwas aufzuarbeiten hat?

Erst jetzt, nachdem ohne großes Zutun der Grünen mal wieder über Daniel Cohn-Bendits Hosenlatz-Episode diskutiert worden ist, will die Partei ihre Vergangenheit untersuchen lassen. Das hätte sie schon früher tun können, ja tun müssen, um glaubwürdig zu sein. [...]

Die Grünen [...] waren kein Dachverband der Kinderschänder. Doch die Partei hat, soweit man das rückblickend schon sagen kann, lange Zeit ziemlich viel geduldet und vielleicht sogar gefördert, das keinerlei Toleranz verdient. Es ist notwendig, dass sich die Grünen diesem Teil ihrer Geschichte stellen.“¹¹⁶

Die Augsburgers Allgemeine vom 24. Mai 2013 kommentierte:

„Wenn die Grünen über die politische Konkurrenz urteilen, dann tun sie das häufig mit einem Unterton der vermeintlichen moralischen Überlegenheit. Umso härter trifft sie nun die Debatte um ihre eigene Vergangenheit. Wie die Partei in ihrer Gründungszeit mit einer verirrten Randgruppe umging, die sexuelle Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen legalisieren wollte, wirkt heute verstörend. [...]

Am Ende der überfälligen Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte werden sich die Grünen eingestehen müssen, dass sie der politischen Konkurrenz eben doch nicht moralisch sind.“¹¹⁷

Die Journalistin Bettina Röhl schrieb am 28. Mai 2013 in ihrer Kolumne in der „Wirtschaftswoche“:

„Die unsympathische andere Seite der Grünen, die der Besserwisser, die der naseweisen und aggressiven Alleswisser, der Scharfrichter und der Oberlehrer mit der dreißigjährigen Geschichte einer unendlichen Kette von bösen Irrtümern und Verfehlungen im Gepäck, wird plötzlich in der Öffentlichkeit, aber eben auch bei den Grünen selber in einer neuen Qualität wahrgenommen. Schienen die Ökos bisher unschlagbar, so als hätten sie im Blut des von ihr erlegten Drachens gebadet, zeigen sie jetzt eine offene Flanke. [...]

¹¹⁶ „Falsch verstandene Toleranz“, in: <http://www.sueddeutsche.de/politik/gruene-und-paedophilie-vorwuerfe-falsch-verstandene-toleranz-1.1671849> (abgerufen am 17. Mai 2013).

¹¹⁷ „Grüne Moral“, in: Augsburgers Allgemeine vom 24. Mai 2013.

Tatsächlich wurde in grün-linken Kreisen nicht nur über Pädophilie geschwafelt, sondern es wurden, wie unterhalb des Schleiers schon immer bekannt war, auch pädophile Taten verübt – Stichwort Odenwaldschule, Stichwort Otto-Mühl-Kommunen, Stichwort grüne Stadtindianer und andere Umtriebe. [...] Sex mit Kindern wurde teilweise als altruistische pädagogische Wohltat für die Kinder verkauft.“¹¹⁸

Angesichts der anhaltenden Bagatellisierung und ausbleibender Bemühungen zur Aufarbeitung ihrer Vergangenheit merkt auch der Vorsitzende des Opferverbandes „Eckiger Tisch“, Matthias Katsch, an:

„Ich werfe den Partei-Vertretern vor, dass sie aus Peinlichkeit bei diesem Thema jahrelang geschwiegen haben. Das ist eine Art von Weggucken. Spätestens als der Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche bekannt wurde, hätten sich die Grünen mit der Enttabuisierung von Sex mit Kindern in ihren eigenen Reihen beschäftigen müssen. [...] [Die Beauftragung eines Wissenschaftlers] reicht genauso wenig, wie es nicht reicht, wenn die katholische Kirche in Eigenregie Wissenschaftler beauftragt. Wir brauchen eine unabhängige Kommission zur Aufarbeitung von sexueller Gewalt gegen Kinder in den vergangenen Jahrzehnten. Für eine solche Kommission braucht es eine gesetzliche Grundlage – und sie muss das ganze Spektrum untersuchen. Gewalt in Heimen, Missbrauch in der katholischen Kirche, sexuelle Gewalt gegen Kinder in der linken und grünen Szene Anfang der 80er-Jahre.“¹¹⁹

Erst auf diesen massiven öffentlichen Druck hin erklärten sich die Grünen dazu bereit, den Forderungen nach der Aufarbeitung ihrer Parteigeschichte mit der Einsetzung eines Gutachters zu begegnen. Die Missbrauchsexpertin der Partei, Katja Dörner, bezeichnete dabei „eine Aufklärung durch unabhängige Personen“ als „das Beste“; der hessische Landtagsabgeordnete Marcus Bocklet plädierte dafür, dass sich Cohn-Bendit den Fragen einer „unabhängigen Kommission“ stellen solle.¹²⁰

Von der ursprünglichen Ankündigung der Parteivorsitzenden Roth, wonach „unabhängige Wissenschaftler die Schriften und Aktivitäten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen aus

¹¹⁸ „Die grüne pädophile Kröte“, in: Wirtschaftswoche vom 28. Mai 2013.

¹¹⁹ „Opfervertreter klagt an: ‚Cohn-Bendit ist mitverantwortlich für Kindesmissbrauch‘, in: http://www.focus.de/politik/deutschland/opfervertreter-klagt-an-cohn-bendit-ist-mitverantwortlich-fuer-kindesmissbrauch_aid_993098.html (abgerufen am 14. Juni 2013).

¹²⁰ Zitiert nach: „Das falsche Schauspiel der Grünen“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Mai 2013.

den achtziger Jahren untersuchen“ sollten,¹²¹ rückte die Partei jedoch bald wieder ab. Stattdessen entbrannte eine parteiinterne Debatte über den Umfang und das Verfahren der Untersuchung. So berichtete die FAS am 5. Mai 2013: „Die Grünen hadern weiter mit ihrer pädophilen Vergangenheit. Nachdem sich mehrere Spitzenpolitiker der Partei, darunter die Parteivorsitzende Claudia Roth, für eine unabhängige Aufarbeitung ausgesprochen haben, war zum Ende der Woche plötzlich unklar, wer und was aufgeklärt werden soll.“¹²² Am Ende blieb von der offiziellen Sprachregelung der Partei, wonach „unabhängige Wissenschaftler“ die Vergangenheit aufarbeiten sollten, nicht mehr viel übrig. Mit dem Göttinger Politologen Franz Walter wurde lediglich ein einziger Gutachter berufen, der als langjähriges SPD-Mitglied zudem aus den Reihen des Wunschkoalitionärs des Grünen stammt.

Der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Prof. Dr. Christian Pfeiffer, befürchtet daher auch weiterhin Widerstände bei der Aufarbeitung der Parteigeschichte der Grünen:

„Es wird aber wie üblich so sein, dass manche mauern werden. Es wird verschlossene Türen geben. So kurz vor der Bundestagswahl will sich jeder vor negativen Schlagzeilen schützen. Die Umfrageergebnisse der Grünen haben sich schon jetzt etwas verschlechtert. Das mag an den Steuerplänen liegen, aber auch daran, dass sie sich damals nicht eindeutig genug von der pädophilen Szene abgegrenzt haben.“¹²³

V. Zusammenfassung

Die pädophilen Strömungen in den Reihen der Grünen waren tiefgreifender und umfangreicher, als dies von der Parteiführung in den zurückliegenden Jahren eingestanden worden ist. So hat der selbst mit pädophilen Äußerungen an die Öffentlichkeit getretene Grünen-Politiker Daniel Cohn-Bendit die Bestrebungen zur Legalisierung von Sex mit Kindern als „Mainstream“ innerhalb der grünen Partei der 80er-Jahre bezeichnet; die „Zeit“ konstatiert, dass Pädophile dort „ungestört Lobbyarbeit“ betreiben konnten und dabei

¹²¹ Zitiert nach: „Grüne wollen Vergangenheit aufarbeiten“, in: Oberhessische Presse vom 3. Mai 2013.

¹²² „Das falsche Schauspiel der Grünen“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. Mai 2013.

¹²³ „Bei der Aufarbeitung wird es geschlossene Türen geben“, Interview mit Christian Pfeiffer, in: http://www.focus.de/politik/deutschland/paedophilie-vorwurfe-gegen-die-gruenen-bei-der-aufarbeitung-wird-es-geschlossene-tueren-geben_aid_998101.html (abgerufen am 14. Juni 2013).

„teils auf große innerparteiliche Zustimmung und Unterstützung“ stießen; der Welt zufolge hätten sich die Grünen „wie ein Honigtopf für Päderasten ausgenommen“ und selbst die den Grünen nahestehende Tageszeitung taz konstatiert, die Pädophilen hätten bei den Grünen „mit an den Schalthebeln“ gesessen. Insbesondere Opferverbände kritisieren daher eine bis in die Gegenwart andauernde Verharmlosung pädophiler Äußerungen und Sympathiebekundungen. Die Versuche der Parteiführung, entsprechende Strömungen innerhalb der Partei zu bagatellisieren und zu unbedeutenden Einzelfällen herunterzuspielen, sind jedoch angesichts der enormen Fülle der Belege zum Scheitern verurteilt.

Seit ihrer Konstituierung als Partei im Jahre 1980 wurden pädophile Strömungen von den Grünen nicht nur toleriert, sondern ihre Anliegen auch aktiv gefördert. Gruppierungen wie die „Indianerkommunen“, die auf Grünen-Parteitagen für sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Minderjährigen warben, fanden mit ihren Anliegen auf Parteitag und in programmatischen Schriften einen positiven Widerhall. Folglich wurde 1980 in das als Gründungsmanifest dienende Bundesprogramm der Grünen die Forderung nach einer ergebnisoffenen Diskussion über die Abschaffung der Paragraphen 174 und 176 (sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen bzw. Kindern) aufgenommen. Aus diesem Auftrag ging kurze Zeit später die von der Bundespartei und der Bundestagsfraktion der Grünen finanzierte „Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle“ (SchwuP) hervor, die den Pädophilen ein organisatorisch-institutionelles Forum bot. Als führender Kopf und Koordinator der Gruppe fungierte der mindestens sechsfach wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern verurteilte Pädophilenaktivist Dieter F. Ullmann. Die Arbeit der BAG SchwuP schlug sich dabei auch in entsprechenden Initiativen der Bundestagsfraktion der Grünen nieder. Die Forderung nach einer Aufhebung der Schutzaltersgrenze von 16 Jahren wird von der Partei noch im Bundestagswahlprogramm 1987 als „erster Schritt“ umschrieben. Dies entspricht den Initiativen mehrerer Landesverbände der Grünen, die sogar eine Aufhebung der absoluten Schutzaltersgrenze von 14 Jahren gefordert hatten.

Ungeachtet ihres damaligen Eintretens für die Legalisierung von Pädophilie wurden prominente Vertreter der Partei in maßgebliche Positionen gewählt und sind dort zum Teil noch immer in zentralen Funktionen tätig. So hatte der heutige Co-Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament, Daniel Cohn-Bendit, in mehreren autobiographischen Schilderungen über pädophile Handlungen

berichtet. In dem von Cohn-Bendit presserechtlich alleine verantworteten Magazin ‚Pflasterstrand‘ konnten pädokriminelle Täter zudem ungehindert ihre Verbrechen dokumentieren und für den sexuellen Missbrauch von Kindern werben. Darüber hinaus setzte sich Cohn-Bendit für eine Wahl des Sexualstraftäters Dieter Ullmann in den Deutschen Bundestag ein. Der 1988 in einem Aufsatzband für eine „Entkriminalisierung der Pädosexualität“ plädierende Grünen-Politiker Volker Beck avancierte darüber hinaus zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion.

Diese Verstrickungen führender Grünen-Politiker liefern eine Erklärung dafür, warum sich die Partei erst auf massiven öffentlichen Druck hin bereit erklärt hat, den Forderungen nach der Aufarbeitung ihrer Parteigeschichte mit der Einsetzung eines Gutachters zu begegnen. Von der ursprünglichen Ankündigung der Parteivorsitzenden Roth, wonach „unabhängige Wissenschaftler die Schriften und Aktivitäten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen aus den achtziger Jahren untersuchen“ sollten, rückte die Partei jedoch bald wieder ab. Am Ende blieb von der offiziellen Sprachregelung der Partei, wonach „unabhängige Wissenschaftler“ die Vergangenheit aufarbeiten sollten, nicht mehr viel übrig. Mit dem Göttinger Politologen Franz Walter wurde lediglich ein einziger Gutachter berufen, der als langjähriges SPD-Mitglied zudem aus den Reihen des Wunschkoalitionärs des Grünen stammt. Die Grünen bleiben daher aufgefordert, durch eine objektive und unverzügliche Aufklärung ihre fortwährende Bagatellisierung früherer pädophiler Umtriebe in den eigenen Reihen zu beenden und durch eine Trennung von den Pädophilie-Befürwortern ein klares Zeichen gegen Kindesmissbrauch zu setzen.

„Das unangebrachte Schweigen der Grünen“

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
www.cdu-fraktion-hessen.de

